

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Dresden,
Stadt & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Buchdruckerei:
Gehr. Krähnholz, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 900,— M., durch die Post
bezogen monatlich 990,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich
280,— M., Einzelnummer 50,— M., Sonnabendnummer 70,— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Sägeplatte, Röppareilzeile 100.— M., die 8 gefalteten
Reklamezeile 400.— M., auswärts 125.— u. 600.—, Ausland 900 u. 2500 M.
Bei mehrmaliger Aufgabe ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und
Wirtschaftsanzeigen 40 Prog. Rabatt. Für Briefeübertragung 80 M.

Nr. 21

Dresden, Donnerstag den 25. Januar 1923

34. Jahrg.

Bewegliche Widerstandskraft

Eben, 24. Januar. (Sig. Dräger.) Entsprechend den neuen Gewaltakten der Besatzung, die weiterhin aus verschiedenen Teilen des Industriegebietes gemeldet werden, feiert die Arbeiterschaft ihren aktiven Widerstand. Nicht, wenn gar nichts hat man bisher durch die Verhaftungen, Ausweisungen und sonstigen Maßnahmen erreicht. Die deutschen Arbeiter und Beamten legen regelmäßig auf einen Schelm zwei! Wo ausgewiesen wird, steht der Herrscher, wo verhaftet wird, ruht ebenfalls die Arbeit, bis sich die Franzosen eines anderen besseren habens haben. Dass diese Taktik, den aktiven Widerstand von Fall zu Fall, je nach Bedarf und Notwendigkeit die Arbeit eingestellt, bisher nicht ohne Erfolg war, dafür liegen eine ganze Reihe von Beispielen vor. Erinnert sei nur an die Rückzüchtung der Truppen vom Dortmund-Gütersbahnhof und den hiermit verbundenen Zugeständnissen an die Einwohner, an die Entfernung der schwer bewaffneten Franzosen vor den Reichsbahnläden des besetzten Gebietes, die Freilassung mehrerer verhaschter Persönlichkeiten usw.

Neue Truppemassen werden inzwischen in das Industriegebiet geworfen. Aktivität aller Kaliber ist heute in außergewöhnlicher Stärke eingetroffen, selbst Schwarze aus Afrika hat man der Bevölkerung vorgelegt. Die militärische Abschirrung des Ruhrgebietes soll in kurzem Intervall werden. Hier soll die Zolllinie folgen. Man will die Bevölkerung mache machen, und es hat den Eindruck, dass man schließlich zu jedem Mittel greift, um die Bestrebungen des französischen Imperialismus durchzusetzen. Der Höhepunkt des Kampfes, der von der deutschen Arbeiterschaft gegen die Gewalt geführt wird, ist also noch nicht erreicht. Eine Menge von Anzeichen deuten darauf hin, dass man den verbündeten Generalstreik, an dem die vernünftige Arbeiterschaft nicht gedacht hat, nach und nach durch neue Gewaltakten, durch weitere Verhaftungen und Ausweisungen provozieren will. Von einem Generalstreik verspricht man sich das Ende der Widerstandskraft.

Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes ist gewisslich auch geschult, um auf die Abfertigungen des französischen Militarismus einzutreten. Wohlhalten mit der Abwehrkraft, nur von Fall zu Fall verdeckte Stellen in Aktion treten zu lassen, wird die Parole der Arbeiterschaft im besetzten Gebiet für die Zukunft sein, und in dieser Taktik liegt unsre Stärke!

Düsseldorf, 24. Januar. (Sig. Dräger.) Oberpräsident Grünberg hat offiziell den französischen Offizieren die Erklärung abgegeben, dass er nicht daran denkt, die Anordnungen 182, 184 und 155 der Rheinlandkommission, deren Durchführung infolge ihrer Nachdringlichkeit von der Regierung unterlagt wurde, auszuführen. Er hat es ferner abgelehnt, seinen Einfluss auf die Post- und Telegraphenbeamten geltend zu machen, damit die Telefonverbindungen für die Bevölkerungsbehörde wieder hergestellt werden. Das Telephonpersonal des besetzten Gebietes weigert sich seit Dienstag vormittag, Verbindungen für die Bevölkerungsbehörde, dagegen solche deutscher Stellen mit der Bevölkerungsbehörde herzustellen.

Eine Warnung

Der Redakteur des Berliner Tageblatts, Erich Dombrowski, telegraphiert aus dem Ruhrgebiet folgende Warnung: „Man will nicht nur um das besetzte Ruhrgebiet, sondern auch um das Land der Ruhrkraft, eine Hollinie ziehen. Man will eine neue Währung einführen. Das ist, wenn es wirklich in den üblichen Pointen liegt, ein überaus gefährliches Spiel. Wird eine Bevölkerung von fünf Millionen Menschen durch ein solches Vorgehen, das Hunger und Tod ohnegleichen hervorruft, mit der Verzweiflung getrieben, so ist das Ende nicht absehbar. Keine Armee wäre stark genug, um einem elementaren Ausdruck wilder Leidenschaft zu widerstehen. Was sind Gewehre, Maschinengewehre, ja selbst Geschütze und Kanone gegen ein Volk, das gewissermaßen aus dem Innern der Erde hervorbricht und seine Widersacher, die es bis aufs Blut reizen, erdrückt? Die Westfalen sind Männer mit harten Schädeln, sind schwerfällige Menschen. Über Jahre hinweg einmal zur Tat, dann vermag ihrer Härigkeit und ihrem Willen auf die Dauer niemand zu widerstehen. Das zeigt sich schon jetzt. Langsam ist die Abwehr aus der Situation selbst herausgewachsen, langsam nimmt sie zu, und die Front wird immer breiter. Rüden fühlen sich. Einmütig und gefügig bilden die Westfalen, ob hoch oder niedrig, eine unbedingtbare Mauer, die höch, einmal in Bewegung gebracht, ruhig, fast bedächtig gegen die fremden Einbrüderlinge vordringt und ihnen von Tag zu Tag eine immer geringere Bewegungsfreiheit lässt.“

Der Proteststreit unterbrochen

Berlin, 24. Januar. Bürgerliche Blätter melden aus Essen: Die Belegschaften der Thyssengruben, der Stolzengruben und der Königlichen Gruben haben heute geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie durch 24 Stunden Proteststreit ihrem Protest Ausdruck gegeben haben. Die Arbeitsaufnahme ist wieder erfolgt, damit die Kohlenversorgung des unbesetzten Ruhrgebietes nicht gestört wird.

Neuer Eisenbahnerstreit

Eben, 24. Januar. Das Personal der Bahnhöfe Düsseldorf, Hamm und Düsseldorf ist in den Ausstand getreten, so dass der Betrieb vollständig ruht.

Eben, 24. Januar. Der Hauptbahnhof in Duisburg hat seinen Betrieb wegen widerrechtlicher Angriffe eingestellt und da der Betrieb in Oberhausen gleichfalls ruht, ist der Verkehr vom widerrechtlich besetzten Gebiet in das altegebiete unterbrochen.

Eben, 24. Januar. Neuerdings haben auch die Bahnhöfe Wedau, Bottrop und Dinslaken ihre Arbeit eingestellt, so dass der gesamte westliche Bahnverkehr ruht.

Düsseldorf, 24. Januar. Auf dem bislangen Hauptbahnhof sind französische Eisenbahner eingetroffen.

Regierung und Gewerkschaften

Berlin, 25. Januar. Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Gewerkschaften wurden am Mittwoch nachmittag fortgesetzt. Vom Kabinett waren anwesend: der Reichsanziger, der Schatzminister, der Wirtschaftsminister, der Post- und der Verkehrsminister. Von den Organisationen waren vertreten: der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Beamtenbund, der Reichsverband der höheren Beamten und der Gewerkschaftsrat. Unter den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes befand sich je ein Abgesandter des Ruhrgebietes. Der Reichsanziger und die Minister dankten den Beamten des besetzten Gebietes für ihre aufrechte Haltung gegenüber den französischen und belgischen Eintrüglingen. Die Aussprache erstreckte sich auf Einzelfragen, wobei besonders die Verkehrsfrage und die Kohlenversorgung im Vordergrund stand. Die Gewerkschaften wiesen darauf hin, dass die Lösung des Ernährungsproblems für das Ruhrgebiet und die Sicherstellung der Kohlenversorgung für das unbesetzte Gebiet die wichtigsten Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung der Abwehraktion seien. Für den Fall, dass die wirtschaftliche Kraft der Beamenschaft erhalten bleibt, könne damit gerechnet werden, dass sie in ihrem Krieg gegenüber den fremden Gewaltthäfern fest bleiben wird.

Die Reichsbeamten zu Gefängnis verurteilt

Mainz, 24. Januar. In einer kriegsgerichtlichen Verhandlung wurde Geheimrat Raiffeisen, der Präsident der Versuchsstation in Alzey-Hausen, zu einem Jahr Gefängnis mit Strafauflage verurteilt. Raiffeisen wurde sofort in Freiheit gesetzt.

Mainz, 24. Januar. Der Düsseldorfer Finanzamt-Präsident Dr. Schutius wurde heute vom Kriegsgericht in Mainz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, doch wurde die Vollziehung der Strafe aufgehoben und Dr. Schutius entlassen.

Ausgewiesen!

Mainz, 24. Januar. Unmittelbar nach Abschluss der Kriegsgerichtsverhandlung gegen Salatus und Raiffeisen wurde mitgeteilt, dass sie aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werden sollen und es sofort zu verlassen hätten. Sie wurden sodann durch elf Kriminalbeamte mit unbestimmter Bestimmung fortgeschafft.

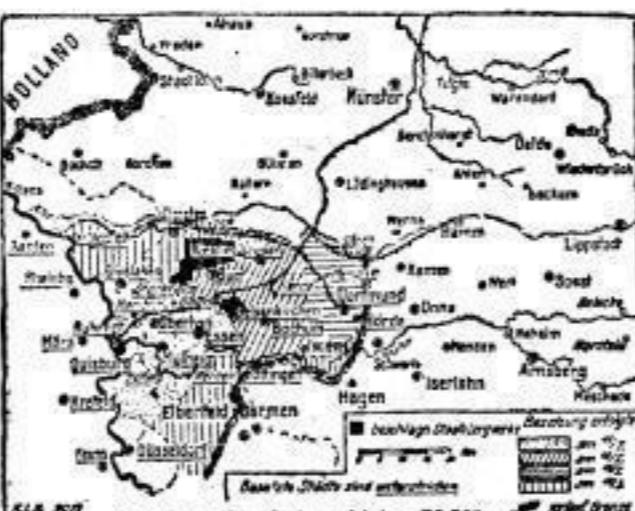
Trier, 24. Januar. Auf Anschluss der interalliierten Rheinlandkommission sind weitere zehn Oberbeamte aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden, darunter der Regierungspräsident Dr. Saaten und der Oberbürgermeister Pohl. — Der Vorstand des Finanzamtes Neuss ist heute ausgewiesen worden.

Die Haltung der Mächte

Italien. Nach einer italienisch-englischen Vermittlung, die zu einer direkten italienisch-englischen Intervention in Berlin und Paris hätte führen können, erklärte Mussolini im Minnisterrat in Rom, dass ein regelrechtes Vermittlungsgespräch nicht besteht und auch nicht gemacht werden kann, ohne im Voraus die Sicherheit zu haben, dass das Angebot günstig aufgenommen werde. Italien wolle sich seinem Erfolg auszeichnen. Nach der Auflösung der italienischen Regierung sei die Lage im Ruhrgebiet noch nicht auf dem toten Punkt angelangt, in welchem allein sich eine Lösung notwendig machen würde. In diesem Falle werde vielleicht die Arbeit der italienischen Regierung einen Einfluss auf die Lösung ausüben können.

England. Aus London wird berichtet, dass die italienischen Vermittlungsführer in London endgültig gescheitert seien. Der englische Standpunkt sei, dass für Vermittlungen augenblicklich die Basis noch nicht geschaffen sei. Die militärische Okkupation des Ruhrgebietes werde auf einen toten Punkt führen. Erst wenn sich Frankreich davon überzeugt habe, dass es durch Gewaltmaßregeln weder seine Finanzen aufzubessern, noch sein militärisches Prestige in der Welt vergrößern werde, würde der Zeitpunkt gekommen sein, eine internationale Vermittlungsbemühung großen Stils einzuleiten. — Gegen die Verbündeten habe die englische Regierung in Paris Protest erhoben.

Die kleine Entente. Meldungen aus Prag behaupten, die kleine Entente wolle Vermittlungen versuchen.



Ist das so schwer??

In der reaktionären Presse verläuft man die sozialdemokratische Arbeiterschaft gegen ihre Führer auszuspielen. Die Führer seien international und ohne patriotisches Empfinden, aber die Arbeiterschaft habe sich im Ruhrkreis prächtig wider den fremden Unterdrücker erhoben und das Beste ihres Besitzes wiederhergestellt. Ein Hurra der Arbeiterschaft! Diese Tröpfchen in der Deutschen Tageszeitung, Deutschen Zeitung und verwandten Organen haben von der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft soviel Ahnung wie der Elefant vom Klavierspielen! Wenn sie mühten, mit welchem Zugriff die gesamte freiheitliche Arbeiterschaft empfindet, dass sie durch den Kampf gegen die Fremdherrschaft in einer Linie steht mit denselben Leuten, gegen die sie täglich einen schweren sozialen Kampf führen, gegen die sie tagaus, tagbei die Gedanken der Völkerverbündung und der internationalen Vernunft verteidigen müsste, so würden ihre papierenen Phrasen in der Feder stehlen bleiben.

Ein anderer, weniger deutschöfflicher Teil der bürgerlichen Presse sieht in dem Kampf der Arbeiter und Kapitalisten gegen den französischen Militarismus eine andre Offenbarung. Wird hier nicht der Beweis geliefert, dass diejenigen recht haben, die uns seit Jahr und Tag den Gedanken der Volksgemeinschaft predigen, die uns klar machen wollen, dass wir uns endlich von den Klassenideen freimachen, dass wir schenken in die Arme der Deutschen Volkspartei sinken müssen, um mit ihr die große Koalition darzustellen?

Es muss doch für manche Leute sehr schwer sein, einfach Tatsachen ohne Gefühlsmäßige Verfälschung zu kapieren! Ist es denn etwas Neues, dass Arbeiter und Kapitalisten sich gelegentlich zur Arbeit für gemeinsame Ziele zusammenfinden? Es soll hier kein Urteil über das Verhalten der sozialistischen Parteien im Kriege abgegeben werden, aber Tatsache ist, dass in allen Ländern sich große Teile der Arbeiterschaft mit den Besitzenden zur gemeinsamen Waffe des Kriegsgewinns verbinden. Arbeiten nicht jetzt auch — um etwas weniger wichtiges zu nennen — Vertreter der Unternehmer und Arbeiter in einer jüngsten Notgemeinschaft zusammen, um denen zu helfen, die am ärtesten unter der Not des deutschen Volkes leiden? Unsre Nachbarn von links sind stets geneigt, über Berrat an den Grundlagen des Klassenkampfes zu sprechen, wenn einmal Arbeit und Kapital zusammenarbeit etwas Alltägliches, und auch die Kommunisten, sowie sie anfangen, praktisch zu arbeiten, können sie sich dieser Gemeinschaftsarbeit nicht entziehen. Sehr viele Beklühne werden in den Stadts- und Gemeindeparlamenten einstimmig gefordert, weil sie der Lösung von Aufgaben gelten, die offen Baraten und Klassen gemeinsam sind. In der Öffentlichkeit ist von derartigen Dingen meist nicht viel die Rede, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung wird vielmehr auf die Fragen gelenkt, über die gestritten wird.

Die Gegenüberstellung „Klassenkampf oder Volksgemeinschaft“ ist völlig wirkungslos: es haben sowohl die Unrecht, die uns predigen, wie müssen um der Volksgemeinschaft willen auf den Klassenkampf verzichten, wie diejenigen, die über Berrat schreiben, wenn Sozialisten mit Vertretern kapitalistischer Schichten oder Parteien sich zusammen an einen Tisch setzen. Die Proletarier haben in vielen Fällen Interessen und Ziele mit den Besitzenden gemeinsam, alle Klassen der Bevölkerung sind daran interessiert, dass verherrliche Seuchen, die Pest und Cholera, ferngehalten, dass die öffentliche Sicherheit aufrecht erhalten wird. Aber das ändert nichts daran, dass gleichzeitig die schärfsten Gegensätze bestehen, dass zwischen den verschiedenen Klassen um die Verteilung des Produktionsertrages und der Steuern und um das Recht der politischen Freiheit, das den Angehörigen der einzelnen Gruppen zukommt, gekämpft werden muss. Gemeindewerkstatt und Klassenkampf gehen neben einander her, womit freilich nicht gesagt ist, dass die Sozialdemokratie dort nicht die Interessen der Volksmeinheit vertreten, wo sie proletarische Ziele im Kampf gegen die Besitzenden vertritt. Sind wir doch der Überzeugung, dass wir durch das Eintreten für unsere Ziele der Volksgesellschaft, der Kultur und dem Fortschritt des gesamten Menschengeschlechtes dienen.

Ebenso einseitig und töricht wie die Gegenüberstellung: die Volksgemeinschaft, die Klassenkampf ist die Behauptung, dass der Internationalismus der Sozialdemokratie nationale Feindseligkeit und Belästigung ausschließe. Soweit es sich hierbei nicht überhaupt darum handelt, die Sozialdemokratie unter allen Umständen zu verleumden und zu beschimpfen, zeugen derartige Anschuldigungen von grenzenloser Gedankenlosigkeit. Niemand wird leugnen, dass es in der kapitalistischen Gesellschaft Interessengegensätze zwischen den Völkern gibt. Aber trotz dieser Gegensätze ist in den letzten Jahrzehnten die Gemeinschaftsarbeit der Völker auf den verschiedenen Gebieten immer bedeutender geworden, und allzu Völkern gemeinsam ist das Interesse an der Wahrung der Einheit und Verbindung des Friedens. Keinem der beteiligten Völker hat der vergangene Weltkrieg Segen gebracht, weder den Besiegten noch den Siegern, wie das die Sozialdemokratie stets vorausgeahnt hat. Herrschende Schichten kommen durch einen siegreichen Krieg manche Vorteile erringen, die Völker jedoch gewinnen bei einem Sieg nichts, haben aber bei einer Niederlage ihres Landes viel zu verlieren. Das kommt der deutschen Arbeiterklasse jetzt sehr schwerhaft zum Bewusstsein. Gemeinsam ist allen Völkern das Interesse an der Erhaltung ihres Selbstbestimmungsrechtes und ihrer nationalen Kultur. Die arbeitenden Menschen haben am schwersten zu leiden, wenn ein Volk unter fremde Herrschaft

gerät, während die Kapitalisten viel leichter ihre Nationalität aufzugeben und zur bestehenden Klasse der herrschenden Nation hinüberzuschreiten können.

Eben desto aber ist die Sozialdemokratie international. Sie will eine Einheitsfront der Proletarier aller Länder, um jedes Volk vor nationaler Unterdrückung zu schützen. Deshalb führen wir auch den schwäfischen Kampf gegen die obdachlosen, oder ehemaligen oder ehemaligen Deutschen, deren trauriges Schicksal die Vergehung der Völker ist. Vaterlandlose Heißen hat uns einst Wilhelm II. genannt, der Mann, der jetzt wohlgeborgen in Doorn in Holland sitzt, während die Massen des deutschen Volkes schwer leiden müssen. Die Vorgänge im Ruhrrevier zeigen, wie dünn die Verbindungen waren, mit denen man uns Jahrzehntelang überhäutet hat. Heute noch nennen wir uns mit Stolz internationale Sozialdemokraten, aber wir sind international, wie Iampen gegen jede nationale Verbesserung, wie erstrebten die Zusammenarbeit aller Völker gerade deshalb, weil wir national im besten Sinne des Wortes sind, weil wir jedes, und damit auch unser Volk, vor Vergewaltigung und Schändung schützen wollen.

Diese einfachen Zusammenhänge zu verstehen — ist das so schwer? Es scheint für nationalistisches Denken geradezu unmöglich zu sein, wenn wiederum nur bewiesen wird, daß Mittelalter und Neuzeit, Nationalismus und Sozialismus zwei verschiedene Welten sind.

Ein Kampf um Volksrechte

Von unserem Budapester Korrespondenten

Die Indemnitätdebatten, die in der ungarischen Nationalversammlung in der zweiten Woche des Dezember einzogen, hält noch immer an. Die bloßartige liberale Opposition, die sozialdemokratische Fraktion den Gehalt verlebt, legte diese Debatte deshalb so breit an, um gegen den vom Minister des Innern unterbreiteten Gesetzentwurf, betreffend den „erhöhten Stand der öffentlichen Ordnung“, in entschiedener Weise zu demonstrieren (Gegenvorstellungen zu machen). Um dieser Remonstranz ein Paroli zu bieten, haben die Regierungsparteien beschlossen, die Indemnität in achtständigen Sitzungen zu beraten. Da sie über eine große numerische Mehrheit verfügen, stimmt die Nationalversammlung geschäftsordnungsmäßig zu. Von den Sozialdemokraten ergriffen ist alle das Wort, aber auch die bürgerlichen Freiinnigen stellen zärtliche Redner. Da bezug auf die Aufforderung der Regierung, ihr die in der Nationalversammlung der Minister des Innern eine Konze brechen will, ist die ganze Opposition, ohne Unterschied der Couleur, eines Sinnes: aus dem Entwurf kann kein Vorteil werden.

Die große Niederlage richtet sich aber nicht ausschließlich gegen den in Mittelalter gehörigen Gesetzentwurf, sondern auch gegen, daß die Regierung Rechten ein System daraus macht, eine ordentliche Budget auf Grund der Indemnität zu regieren. Zum fünften Male beansprucht sie bereits ein Proklamation — diesmal auf sechs Monate —, um ohne Kontrolle wollen und wollen zu können. Wird der gegangenen Körperhaft sein Einblick in das finanzielle Tun und Dienen gefordert, dann ist diese nur ein Scheimpalast und die Regierung, die solches tut, eine absolutistische. Ausnahmeweise, auf kurze Zeit, ist eine außerordentliche Ermächtigung im parlamentarischen Rechen denkbar, jedoch zum System kann ein derartiges Vorgehen nicht gemacht werden, weil das nichts anderes als ein verdeckter Absolutismus wäre. Die sozialdemokratischen Redner kommen auf alle jene Dinge zu sprechen, die zu einem Riesenbusch gebunden, in grossen Farben die traurigen Verhältnisse vorführen, die im Lande in Bezug auf öffentliche Arbeiten, darunter in erster Linie das Vereins- und Verkehrsrecht, der Presse, herrschen. Von sozialpolitisch in Schädigungen keine Spur, dafür aber Errichtung von Arbeitsanlagen auf Grund des vorbereitenden Gesetzes um Schutz einer ererbten Ordnung. Statt eines Amnestie zu erlassen, um endlich einem verjährenden Geist Raum zu gewinnen, werden der „Reichsvertrag“ Projekte angehängt und strenge Mitteln geübt, um das einzige Tageblatt der Sozialdemokratischen Partei zugrunde zu richten. Anfolge der Aufstellung der Wüste von Salzigerleg, des famosen Internierungslagers, befindet sich dort zur Zeit eine gesuchte parlamentarische Kommission, alle Parteien umfassend, um endlich klar zu leben, ob ein solches Projekt, auf das kein Staat stütz sein kann, in Ungarn noch immer notwendig ist.

Ob das viele Reden irgendeinen Nutzen für das Land,

für die Sozialdemokratische Partei zeitigen wird? Eine Frage, auf die die Antwort nicht gar so leicht ist. Keiner der Minister hat bisher das Wort zur Indemnität ergreifen. Es ist aber zu erwarten, daß nach Abschluß der Debatte der Ministerpräsident und der Finanzminister und vielleicht auch der Minister des Innern sprechen werden. Erst noch wird es möglich sein, Schlüsse zu ziehen, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden. Die sozialdemokratische Fraktion, die sich in Volksreihen immer grössere Sympathie erfreut, hält inzwischen treue Wacht.

Bergarbeiter die Ursache der Werbungen! Wahl wird den Arbeitern, die hier geworben werden, gezeigt, sie seien für das Kohlengebiet von Courrières bestimmt. Mag sein, doch dies richtig ist. Es wäre indirekter Streikbruch. Tschechische Bergarbeiter würden in französische Gruben einsiedeln, um französische Bergarbeiter frei zu machen für die Berge im Ruhrgebiet. Über der Wand — denn um nicht anders kann es sich handeln — scheint nicht einmal bemüht zu werden. Wurden doch schon Transporte tschechischer Arbeiter an der deutschen Grenze aufgehoben! Die hier geworbenen Arbeiter sind also für den Streikbruch im Ruhrgebiet bestimmt!

Bergarbeiter! Genossen! Wir warnen nochmals mit allem Nachdruck vor dieser Arbeitsscham! Ganz werden deutliche Arbeiter nicht gemündigt, es kommt also kein deutscher Bergarbeiter in Verbindung, um Verbrechen an seinen Mitmenschen zu begangen. Aber ihr habt die Pflicht, eure tschechischen Bergarbeiter auszuholen, ihnen zu sagen, daß sie in Streikarbeit geworben werden! Denn im Ruhrgebiet sterben die deutschen Bergarbeiter, um den Nebelberg des französisch-imperialistischen Räuberiums abzuwehren! Wer den deutschen Arbeitersöhnen in den Nüden fällt, begeht Hochverrat an der Arbeiterschaft! Wir klagen ebenso an die Koalitionsarbeiter. Kann die tschechische Sozialdemokratie die Werbung von Streikbrechern für den französischen Imperialismus dulden? — Die tschechischen Gewerkschaften haben eine Entscheidung angenommen, die sich gegen den Einmarsch ins Ruhrgebiet wendet. Sie sollen nun ihren Internationalismus praktisch bekräftigen, indem sie verhindern, daß tschechische Arbeiter Streikbrechende leisten!

Kein anständiger Arbeiter leidet den Rodungen der Werberbehörde! Es lebe der Kampf des deutschen Proletariats!

Bergarbeiter, geht nicht nach Frankreich!

Unter dieser Überschrift bringt unser Teplicher Bruderblatt einen Appell an die Solidarität der tschecho-slowakischen Bergarbeiter, in dem es heißt:

Vereits am Sonnabend haben wir die Bergarbeiter darüber gewarnt, sich von den Werkern, die jetzt Arbeiter für die französischen Gruben zu gewinnen versuchen, zu trennen, um Anahme von Arbeit im Dienste Frankreichs verloren zu lassen. Die Arbeitserwerbungen erfolgen auf Grund eines im Vorjahr zwischen der französischen und den tschecho-slowakischen Regierung abgeschlossenen Vertrages. In diesem Vertrage wurde auf Wunsch Frankreichs bestimmt, daß nur tschechische und slowakische Arbeiter angeworben werden sollen. Die Bergarbeiterverbände haben mit diesen Werbungen nichts zu tun. Die französischen Gewerkschaften haben eine Entscheidung angenommen, die sich gegen den Einmarsch ins Ruhrgebiet wendet. Sie sollen nun ihren Internationalismus praktisch bekräftigen, indem sie verhindern, daß tschechische Arbeiter Streikbrechende leisten!

Kein anständiger Arbeiter leidet den Rodungen der Werberbehörde! Es lebe der Kampf des deutschen Proletariats!

Geldstrafen für die Zechendirektoren

Mainz, 24. Januar. Der Prozeß gegen die verhafteten Zechendirektoren vor dem französischen Kriegsgericht ist beendet. Angeklagter Arzt Thissen erklärte: „Ich bin Deutscher, ich bin verpflichtet, den Gesetzen meines Landes zu gehorchen. Nach der Auflösung meiner Regierung ist der Einmarsch der französischen Truppen ins Ruhrgebiet nicht berechtigt. Ich will darin meinest Lande die Kreuze halten.“ Vorsitzender: „Ist das alles?“ — Thissen: „Ja, das ist alles.“ Der Angeklagte dann die Zusammenkunft mit den Generälen, den Reichsbahnbeamten für die Franzosen zu liefern, das Verbot der Lieferung durch den Reichsbahnlkommissar, worauf die Kohlenlieferung für die Franzosen eingestellt wurde.

Die übrigen Angeklagten: Neffen, Wüstenbörger, Tengelmann, Olfe und Spindler, gaben die gleichen Erklärungen ab. Tengelmann schloß mit den Worten: „Ich werde von niemand eine Auseinandersetzung entgegennehmen, gegen die Interessen meines Vaterlands zu handeln.“ Olfe rägte dagegen: „In französischen Männeranschlägen war in Essen bekanntgegeben worden, daß die deutschen Gesetze nach wie vor ihre Gültigkeit behalten sollten.“ Spindler führte aus: „Als Deutscher gehörte ich dem deutschen Gesetz und erklärte: Nicht auf der Welt kann mich umstimmen, die Kreuze gegen mein Vaterland zu brechen.“

Der Adjunkt des Generals Denivigne bestätigte die Verweigerung der Kohlenlieferungen durch die Angeklagten. Dann wurden die von der Verteidigung vorgeladenen Entlastungszeugen vernommen, die den Nachweis erbracht, daß die Zechendirektoren willens waren, Reparationszahlungen zu liefern, ehe am 15. Januar der Befehl des Reichsbahnlkommissars einfiel, daß auch tatsächlich Kohle geliefert wurde. Direktor Wüstenbörger stellte fest, daß am Montag den 15. Januar früh von seiner Firma 242,5 Tonnen Reparationskohle geliefert und daß die Lieferungen erst eingestellt wurden, als der Befehl des Reichsbahnlkommissars einfiel. Die andern Zeugen sagten ebenso aus.

Die Beweisaufnahme wurde geschlossen. Militärstaatsanwalt Wad in bestritt in seiner Anklage die Ansicht, daß die Besetzung des Ruhrgebiets gegen den Versailler Vertrag verstöre, und behauptete, daß im Hale einer ethischen Verpflichtung Deutschlands den respectiven Regierungen die Möglichkeit und das Recht zu jedem von ihnen gewünschten isolierten Vorgehen gegeben sei. Seine Band steht unter der vollen Autorität des okkupierenden Heeres. Die Verordnungen des Generals Degoutte bestanden deshalb zu Recht und seien rechtswirksam für alle Einwohner des Ruhrgebiets. Die Angeklagten hätten sich schuldig gemacht, daß sie einen ihnen ausdrücklich gegebenen Befehl nicht befolgt hätten. Sie seien zwar Privatleute, die von ihnen bewaffneten Kohlenlieferungen für Reparationszwecke hätten aber nicht auf privaten Handelsabmachungen beruht, sondern sie hätten dabei im öffentlichen Dienst gestanden. Die moralische Verantwortung für die Taten der Angeklagten sollte aber letzten Endes auf die deutsche Regierung. Das könnte als mildender Umstand berücksichtigt werden. Die Angeklagten hätten gegen den Artikel 63 und 207 des französischen Militärstrafgesetzbuchs sowie gegen §§ 2 und 9 der Verordnung Degoutte vom 11. Januar verstöhen. Er beantragte Geldstrafe.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Grimm wies nach, daß die Artikel 63 und 207 des Militärstrafgesetzbuchs, wie ausdrücklich im Gefecht steht, nur auf feindliche Gebiete anwendbar seien. Einen Feind gebe es aber nur, wenn der Kriegszustand besteht. Daß dieser Fall vorliege, werde aber wohl niemand behaupten können. Diese Paragraphen seien nur auf rein militärische Delikte anwendbar. Poincaré habe in zwei Noten erklärt, daß die Besetzung des Ruhrgebiets keinesfalls den Charakter einer militärischen Okkupation habe. Die Verordnung Degoutte sei als nicht erlassen zu betrachten, die sie an die Souveränität Deutschlands rütre. Aber selbst wenn man die Geschäftsmäßigkeit der Verordnung Degoutte voraussetze, liege in den Handlungen der Angeklagten kein Akt, der nach den Ordnungen der Rheinlandkommission strafbar sei. Wenn sie hätten weber die öffentliche Ordnung gestört noch Sabotage begangen, kein einziger der angezogenen Artikel würde eine Verstrafung rechtfertigen. Aber darüber hinaus sei überhaupt eine formell gültige Grundlage für die Erhebung der Anklage nicht vorhanden.

Grimm schloß mit der Erklärung, er wolle für die Angeklagten keine mildernenden Umstände oder Gnade, sondern volles Freispruch. Die andern Verteidiger führten das gleiche aus.

Rechtsanwalt Leclerc, Nançay, erklärte, daß Frankreich das Recht habe, den absichtlichen Verschulden Deutschlands gegenüber zu handeln, wie es jetzt im Ruhrgebiet handle, plädierte aber doch auf Freispruch, da die Angeklagten zweifellos unter einem moralischen Zwang gehandelt hätten, der sie straffrei mache. Die Angeklagten widersprachen dem ersten Satze dieses Verteidigers.

Das Urteil

Nach längerer Beratung des Gerichts erklärte der Vorsitzende, daß das Gericht einstimmig die Frage nach Nichtbefolgung eines militärischen Befehls verneint habe, ebenso einstimmig sei über ein Verstöß gegen einen Requisitionsbefehl festgestellt worden und die Angeklagten seien zu Geldstrafen in der Höhe der Doppelten der angeforderten Requisitionen verurteilt worden, nämlich 250 zu 500 000 Franc, Neffen zu 234 000 Franc, Spindler zu 47 752 Franc, Neffen zu 15 632 Franc, Wüstenbörger zu 8640 Franc und Tengelmann zu 6020 Franc. Mit Weisheit sei die Billigung mildert und umstände beschlossen worden.

Die Verteiditeden, die sofort freigesprochen wurden, haben gegen das Urteil Revision eingeregt. Vor dem Justizgebäude fand eine große Demonstration statt. Die Menge brachte Hochrufe aus und sang patriotische Lieder. Um 9 Uhr erschien französische Artillerie und räumte den Platz.

Essen, 24. Januar. (Eig. Drahtb.) Die Eisenbahnerverbände des Ruhrgebiets haben am Dienstag eine Rotgemeinschaft gebildet, die jeden Tag zusammentritt, um sich mit der Verwaltung über neu zu treffende Maßnahmen zu verständigen. Die Eisenbahner des besetzten Gebietes werden bei Ausweisung von Beamten jeden Dienst für die Rüge verweigern, in denen die Beamten fortgeschritten werden sollen, die denen die Beamten fortgeschritten werden sollen.

Konzerte

Das gestrige Volkskonzert wurde zur Genüge der Zuhörer wieder einmal von Bindner geleitet. Es galt diesmal einer Gedächtnissitz für den gerade vor Jahresfrist verstorbene Meisterdirigenten Arthur Nikisch. Das Werk: „Halte das Bild der Würdigen fest!“ ist schön und verläuft wie mit zarter Hand fern von alltäglichen Grässen. Niemand legende Saiten. Jedoch: der „moderne Dirigent“, eine Errscheinung des Kunstlebens der letzten fünfzig Jahre, teilt leider das Los des Mimen, dem die Nachwelt seine Kräfte flieht. Sie haben ihren Ruhm — und der war ja in diesem Falle, und das in jeder Form, nicht gering — dahin. Und der Name Nikisch, der des Leipziger Meisterdirigenten, ist und heute eben nur noch ein Name. Keine Schule, kein läufiger Fortwirkungen. Der Impuls geht von ihm aus — was lämmerte die Besucher des Volkskonzertes die Erinnerung an diesen Namen? In diesem Sinne vermochte auch der Trauermarsch auf den Tod eines Helden“ aus Goethes „Faust“ nicht sonderlich zu wirken. Nikisch war ja wohl kein eigentlicher Held. Er wurde kampflos getötet. Und auch heute erinnern wir uns gern daran, daß seine eigentlich Karriere dominiert von den drei „Kummern“, den dreien Leonoren, der Tambourin-Suite und der diesmal geliebten H-Moll-Sinfonie von Tschaikowsky begrenzt wurde. — Der 24. Gesang der Blas., von Waldemar Schlegemann zur Musik Volks-Sigwarts gesprochen, war eine ferne Gabe des Abends.

Musikabende sind oft ein zweifelhafter Genuss, besonders, wenn noch sehr junge Damen ihren ersten Serenaden über den weiten, offenen Konzertfeldern unternehmen. Diesmal aber kam es anders, obwohl die Konzertgeberin kaum an die tausend Wochen alt sein möchte. Ilse Niemann, eine Schülerin des berühmten, früher in Petersburg lebenden Auer, ist von Natur aus ein Originaltalent, dem feineren technischen Schwierigkeiten ein Gehör zu folten vermag — ein Talent, das seinem Instrument herborste und ausdrucksstark Tonfälle entlockt. Sicherlich begegnet man Ilse Niemann einmal in einem Bindner-Konzert wieder. Der als blütender Pfeifer auch bei und gekultivte Wilhelm Scholz begleitete am Becksteinflügel. P. B.

Violinabende sind oft ein zweifelhafter Genuss, besonders, wenn noch sehr junge Damen ihren ersten Serenaden über den weiten, offenen Konzertfeldern unternehmen. Diesmal aber kam es anders, obwohl die Konzertgeberin kaum an die tausend Wochen alt sein möchte. Ilse Niemann, eine Schülerin des berühmten, früher in Petersburg lebenden Auer, ist von Natur aus ein Originaltalent, dem feineren technischen Schwierigkeiten ein Gehör zu folten vermag — ein Talent, das seinem Instrument herborste und ausdrucksstark Tonfälle entlockt. Sicherlich begegnet man Ilse Niemann einmal in einem Bindner-Konzert wieder. Der als blütender Pfeifer auch bei und gekultivte Wilhelm Scholz begleitete am Becksteinflügel. P. B.

Violinabend Gilbert Roh. Das schöne D-Dur-Konzert für Violin von Tschaikowsky darf man fundierter sehr selten, obwohl es einem Virtuosen dankbare Aufgaben stellt. Gilbert Roh spielt es unter der Glücksfassung von Wilhelm Scholz mit warmer, weicher Tongebung. Sein Griffato ist zur Zeit noch besser als sein Begato. Auf die Reinheit von Halbintrallen muß bei

hindurch die alleinherrschende bleibt. Sie in einer Rente gesammelten Kleiderreste werden mit kleinen Schmuckstücken und Tonfiguren, den Ordenstrümpfen des Volksmundes, in Gruben oder unter Steine oder Erdhügeln abgelegt. In den „Kremserfeldern“ sind derartige Gräber oft zu hunderten vereinzelt. Die Einführung des Eisens um 800 v. Chr. hat die Lebendweise unter bronzezeitlichen Vorfahren kaum verändert. Die von Südmähren über Schlesien nach der Ostsee vorherrschende ältere Eisenkultur, die Hallstattkultur, bringt mancherlei neue Formen, besonders in der Keramik, zu uns. Eisengegenstände sind noch selten. Ein ähnlicher Vorgang hat sich 400 Jahre später durch die von Westen her bis zur Elbe verbreitete seltene La-Tène-Kultur abgespielt. Die Gräber dieser Zeit sind reichlich mit Eisenobjekten ausgestattet. Eisenstangen und Bestecke von Schmieden müssen auf heimische Erzgewinnung hin. Gegen Ende der vorchristlichen Zeit macht sich eine mit dem Altbauern in Verbindung gebrachte Abwanderung der Bevölkerung bemerkbar. Bei den zurückgebliebenen Resten desselben findet man dann die Spuren des von den östlichen Kolonien am Rhein und an der Donau ausgehenden Handels, die Gräber der ersten Jahrhunderte nach Christi enthalten Eisenstangen prähistorisch-keltischen Ursprungs. Waffenfunde weisen auf Kriegszüge als Vorbücher als Waffen aus. Einzelne Eisen- und Schmiedegeräte, Schmied aus Eisen, Messer und Fleischgräber, welche vom Hirten, Ackerbauer und Fischer erkannt werden. Das Feld wurde mit dem Säulenpflug bestellt und Gerste und Hafer und Hirse ernten. Die Toten werden beerdigt, nicht mehr verbrannt. Die Anstrengungen gehen bis in das für Viechaufzucht günstige, wiesentliche Bergland hinauf. Die Siedlungen haben die charakteristische Rundlings- und Straßendorfform mit ihren nach dem Dorfplatz oder der Straße ausgerichteten Häusern. Rechteckige und runde Häuser sind noch sehr selten.

Um die Mitte des 6. Jahrhunderts wandern in die entworfene Landstruktur die Slawen ein. Überall im Norden und Süden sind slawische Siedlungen zu finden. Diese Siedlungen sind meistens in ländlichen Dörfern, u. a. am Moritz-Hainrich-Platz in Dresden-Südosten, zu beobachten. Die slawische Herrschaft hat nur wenige Jahrhunderte gedauert, gegen Ende des ersten Jahrhunderts n. Chr. geht das Land nach blutigen Kämpfen und Kriegen wieder in den deutschen Besitz über.

SLUB
Wir führen Wissen.
DFG

Geist gegen Gewalt!

Eindrücke aus dem kämpfenden Ruhrrevier
Von Friedrich Stampfer

Essen, 23. Januar.

Wenn man mit der Bahn von Berlin nach Essen fährt, kann man viel idyllische Gespräche hören von Mobilisierung in Bayern oder von Vorbereitungen der Reichswehr, von ungewöhnlichen Waffenlagern in Ruhrland und daß man es den Franzosen schon zeigen werde. Aber je mehr man sich dem Kampfgebiet nähert, desto mehr verhunnt der gespannten Lärm. Und kommt man in das Gebiet der ragenden Forderungen, Holden und Schüsse, lernt man im Flug die Bedeutung dieses unendlich wertvollen, verstaubten Wirtschaftsorganismus begreifen oder auch nur ahnen, dann wird man zunächst dies eine vollkommen klar, daß Gewalt, zu Angriff oder Abwehr angewendet, hier Unsinne ist. Kommt wir auch eine Nacht aufzutragen, die der Franzosen vielfach überlegen wäre, Taxis, Geschäfte und alles, was zur Vernichtung gebracht wird, aus der Erde stampfen, und dem würde jeder, der gegen die Franzosen im Ruhrrevier gekämpft vorgehen wollte, in die Gunnigzelle gehören.

Es ist schon ein wirklicher Krieg, der hier geführt wird, aber es ist ein ganz neuartiger Krieg, zu dessen Führung niemand schlechter taugt als die Soldaten. Der oberste Grundton lautet: Gewaltlosigkeit ist die Voraussetzung des Erfolgs.

Der Kampf geht nicht um ein Stück Erdoberfläche, sondern um das, was unter ihr ist. Wenn die Franzosen und Polizei in Essen, Bochum und Dortmund nichts anderes tun, als was sie früher in Mainz, Aachen und Düsseldorf getan haben, so ist es nicht entscheidend, ob sie ein paar Tage früher oder später wieder hinausgehen. Entscheidend ist, ob es ihnen gelingt, sich in den Besitz der Kohle zu setzen. Wünscht ihnen das, dann bleibt die Gesellschaft, die mittleren arbeitenden Menschen mit Schwung Bachablösung und Präsenzieren des Gewehrs betreibt, der Unterleute.

Der Kampf um die Kohle kann nur mit kaltblütiger Unbereitigung geführt werden. Darum ist in diesem Fall und bis auf weiteres auch Generalstreik Generalunruhe. Die Arbeiterschaft ohne zuverlässige Sicherung der materiellen Widerstandsmöglichkeiten in einem Generalstreik heben, wäre geradezu ein Verbrechen. In wenigen Tagen würde das Unternehmen mit Zusammendruck und blutigem Gemetzel enden und die gerüstbaren Massen wären zu weiterem Widerstand unsfähig.

Mit den Kräften des Widerstandes kann zuhalten, sie rationell zu verwenden, mit dem kleinsten Kraftaufwand die größte Wirkung zu erzielen, das ist die Aufgabe, die jetzt gestellt werden muss.

Allen Reichtum vor den Herren, die sich nicht scheuen, einen begüterten Wissens mit dem Militärgehangnis zu vertrauen. Aber man darf keinen Augenblick vergessen, daß die moralische Widerstandskraft dieser Herren in ihrer sozialen Stellung und ihren wirtschaftlichen Verhältnissen einen starken Rückhalt besitzt. Der Arbeiter, der kleine Angestellte und Beamte lebt in ewiger Sorge um das Stückchen Brot für morgen. Sein Brot muß ihm unter allen Umständen gesichert sein, sonst kann er beim besten Willen nicht kämpfen.

Und ebenso läuft sich der moralische Widerstand der Massen im unbefestigten Gebiet nur aufrechterhalten, wenn hier für Arbeitsgelegenheit und Lebensmittelstift gesorgt ist.

Für das unbefestigte Gebiet Kohle, für das besteckte Lebensmittel zu schaffen, die zur Verteilung gelangen — ist es für Arbeiter oder Nichtarbeiter — das ist das Problem, davon hängt alles ab! Alles! Denn wenn es dem Gegner gelingt, durch die Erzeugung von Massenendlend den moralischen Widerstand zu brechen, dann hat Deutschland den Weltkrieg noch einmal, schwächer als dasmal, verloren, und es kommt eine Revision des Friedens von Versailles nicht noch den Wünschen aller vernünftigen und gerecht denkenden Menschen der Welt, sondern noch den Wünschen des französischen Imperialismus.

Die Bedeutung und das Wesen dieses neuen Kampfes muß auch das Ausland begreifen lernen. Wer dem deut-

schierigen Kämpferschenkt. Die Ruhe und Feierlichkeit mit den ruhigen dynamischen Erhebungen ins Echoende schaumendes Wasseranalogie sehr günstig zu liegen. Die Solobläser und Blechbläser, denen eine große Aufgabe zugewiesen war, verdienen ein Doppellob.

Kr.

Dresdner Kalender

Theater am 26. Januar. Opernhaus: Moriba (7½). Volksbühne Nr. 2653 bis 2702. — Schauspielhaus: College Grünbaum (7½). Volksbühne Nr. 3703 bis 3752. — Neustädter Schauspielhaus: Kameraden (7½). — Residenz-Theater: Gustavslöw (7½).

Neustädter Schauspielhaus. In der am Sonnabend stattfindenden Erstaufführung von Ibsens Peer Gynt mit der Musik von Edward Grieg ist das gesamte dorfliche Verein des Neustädter Schauspielhauses beschäftigt. Die Kielholle spielt Werner Kaspel. Insomma bereits um 7 Uhr. Gänzliche Pause müssen vor Beginn der Vorstellung eingenommen werden, da die Türen während der einzelnen Akte offen gelassen bleiben.

Die nächste Abonnementreihe ist zu entrichten: Serie A vom 22. bis 30. Januar. Serie B vom 1. bis 6. Februar, vormittags von 10 bis 2 am der Ziegelfassade.

Wesselingtheater. In der Döllaxprinzenessin, die Sonnabend (17½) zur Uraufführung kommt, sind in den Hauptrollen bezeichnet: Dorothy, Österreich, Antine, Stahlberg, Karl, Karla, Euljü, Junape, Langer und Vanda. Spielzeitung: Willi Marz, jugendliche Leitung: Ernst Schiedlaus, Tänze: Adolf Kieser. Das Weihnachtsmachen: Der Edelmeißlönig gelangt jeden Sonntag, Mittwoch und Sonnabend (8½) zu kleinen Freisen zur Aufführung.

Welschschule. Sonntag den 29. Januar, mittags 12 bis 1 Uhr: 1. Führer im Botanischen Garten; Gehölze in Winterzuh, unter Leitung von Obergartenmeister J. Richter. — Vierdergemeinschaft: Bruno R. Müller: Sonntag, 29. Januar: 1½ winterliche Erzährlinge (Kipdorfer). Treffen: 6:45 Uhr, Kuppelholle (Kipdorferhaus); Abschluß: 7:20 Uhr nach Kipdorfer. (Montagsfahrt: Kipdorfer-Gesang lösen)

Welschschule. Weil Fernwohnungen durch Verkürzung der Straßenbahn der Bevölkerung nur sehr unpraktisch gemacht wird, ist der Betrieb des Autobus-Warentums entschlossen, die Wagen kostenlos und kontrollfrei zu erhalten. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Lokal: Hotel 45, Technische Hochschule, Helmholzstraße 5. Zeit: Donnerstag, abends 8 bis 9 Uhr.

Meine Mitteilungen

Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musikkritiker. Die Mitgliedschaften zu erhebenden Tonkünstlern werden für Februar wie folgt festgesetzt: 1200 M. für Grundschule, 1800 M. für Mittelschule, 2100 M. für Hochschule bei wöchentlich zweimal 20 Minuten Eingangsunterricht.

schen Volk in seinem gerechten Kampf helfen will, der muß wissen, daß ein Korb Kohle und ein Pfund Zett für uns wertvoller sind als die Aussicht auf eine diplomatische Intervention mit ungewissem Ausgang. Mag auch in diesem Augenblick noch das Nötigste vorhanden sein, man muß sich auf ein langwieriges Ringen gefaßt machen; solange es dauert, dürfen Kohle und Lebensmittel nicht ausgenutzt werden. Kohle und Lebensmittel sind die Munition dieses neuartigen Krieges.

Neben den materiellen sind auch die moralischen Wirkungen, die aus dem Ausland kommen, nicht gering zu schätzen. Für die Geschichte verdient festgehalten zu werden, daß die englischen Arbeiter die ersten waren, die durch Entsendung des Genossen Charles Robin Bugton nach dem Ruhrrevier den Weg zu ihren kämpfenden Kameraden gefunden haben.

Die Arbeiter sind entschlossen, standzuhalten. Aber man versucht um alles in der Welt nicht, sich und andern einzureden, angesichts der Bedrängnis von außen sei das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wiederhergestellt und die Arbeiter seien bereit, sich gegen freunde für einheimische Herren zu schlagen. Man fordert damit nur peinliche Überlegungen heraus. Allerdings sind die sozialen Gegenseiter schärfer als im Ruhrrevier. Nur die Arbeiter haben begriffen, daß die fremden Einwohner in plumpster und dümmster Weise auf diese Gegenseite spekulieren, und sie sind stattdessen genug, auf diesen die aufgestrichenen Peim nicht zu kriechen. Sie wissen, daß alles zur rechten Zeit und am rechten Ort geschehen muß, und daß jetzt die große Aufgabe, dem französischen Imperialismus das Geschäft zu verderben, im Vordergrund steht und ihre Lösung verlangt.

Über die Unverschämtheit des verübten Friedensdrucks herrscht überall dumpfe Wut. Das Soldatenpiel auf offener Straße weckt Erinnerungen an alte Zeiten, deren Wiederkehr man nicht willt. Der Versuch, mit militärischen Kommandotüren, aufgesetzten Bajonetten und spazieren geschrittenem Arießgerät den hundertvoll komplizierten Wirtschaftsorganismus des Ruhrreviers zu meistern, wird in allen seinen Stadien mit Geschlechtern verfolgt. In den Massen herrscht dieselbe prachtvolle Kampfstimmlung wie etwa in der Berliner Arbeiterschaft während des Kapp-Putschs, wenn man sich auch dessen bewußt ist, daß dieser Kampf schwerer ist und länger dauern wird.

Im Ruhrrevier kämpft die Arbeit gegen den Krieg, der Geist gegen die plumpen Gewalt, und die Arbeiter, Angestellten und Beamten stehen an der Front. Möge man im Hinterland begreifen, daß man mit Wiederaufbereitung und nationalistischen Kraftphrasen dieser Front keine Hilfe bringen kann.

Es gilt nicht, sich zu berauschen und in Illusionen zu wieden. Es muß vermieden werden, durch Alarmnachrichten, die am anderen Tag widerlegt werden, „Stimmung“ zu erzeugen. Mit Kaltblütigkeit muß jeder Zug des Gegners mit einem überlegenen Zug beantwortet werden, bis er die Ohnmacht der Gewalt und den Kontakt seiner Hoffnungen auf aller Welt manifestieren muß. Den französischen Imperialismus die Niederlage zu bereiten, die er für seine grenzenlose Verachtung alles Rechts und aller Gesetze der wirtschaftlichen Vernunft verdient, das ist das Ziel, für dessen Erreichung die Arbeiter des Ruhrreviers alle Kräfte einzusehen bereit und entschlossen sind. Unsre Aufgabe ist es, sie dabei verständnisvoll zu unterstützen in dem Bewußtsein, daß sie damit die Vorkämpfer geworden sind nicht nur des Friedens von Versailles nicht noch den Wünschen aller vernünftigen und gerecht denkenden Menschen der Welt, sondern noch den Wünschen des französischen Imperialismus.

Die Bedeutung und das Wesen dieses neuen Kampfes muß auch das Ausland begreifen lernen. Wer dem deut-

schierigen Kämpferschenkt. Im Geheimbündler zu beobachten ist. In Potsdam wurde bereits vor einigen Tagen eine Gruppe Geheimbündler dabei überrascht, als sie Munition für ihre Geheimgenossen verladen wollten. Drei Personen wurden verhaftet. In Bremen hat man ein Blatt entdeckt, das dieser Tage hergestellt wurde und anscheinlich bei der Mobilisierung der Bremer Ehrhardt-Gesellen als Anschlag dienen sollte. Es hatte folgenden kurzen Inhalt: „Freitord Bremen (Brigade Ehrhardt) sammelt sich...“ Wie in Bayern, so erfreuen sich auch in Bremen die Nationalsozialisten unter der Regierung eines bürgerlichen Senats größter Bewegungsfreiheit und es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß eine republikanische Regierung diesen Gefellen in ihren Bestrebungen gegen die Republik dienste leistet. Im Hamburger Korrespondent erschien vor einigen Tagen ein Aufruf des „Deutschen Bund“, in dem „Deutsche aller Stände ohne Unterschied der Parteien, Offiziere, Mannschaften oder Waffengattungen, Ingenieure“ aufgerufen wurden, sich sofort zum „Deutschen Bund“ mit genauer Adresse eventuell Telefonangabe zu melden. Die Parole dieses Bundes lautet: „Für das deutsche Volk! Mit der Regierung! Gegen den Feind!“ Es besteht kein Zweifel darüber, daß es sich auch hierbei um die Wiederauferstehung der Ehrhardt-Banden handelt.

Die Reichsregierung tut im Interesse des Abwehrkampfes des deutschen Volkes gegen den französisch-belgischen Gewaltkult gut, ein wachsame Auge auf diese Geheimbündler zu haben, denen es nicht darauf ankommt, das deutsche Volk in seiner schweren Stunde zu unterdrücken, sondern die Stunde zu nutzen und einen entscheidenden Streich gegen die Republik zu führen. Die Herrschenden können sich aber darauf verlassen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich nicht nur einigt ist in der Abwehr des Attentats fremder Militärs gegen den Bestand der deutschen Republik, sondern doch sie sich ebenso einigt ist in dem Willen, jeden Versuch, die Republik von innen heraus zu zerstören, niedergurten.

Aus dem Landtag

Im Haushaltsausschuß A wurde zur Vinderung der Roßlage der Arbeitnehmer das Geheft über die Alterrenteabfuhr abgeändert, indem die Grenze der Einkünfte nach oben offen gelassen wurde. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, nach dem in Abtracht der Unzulänglichkeit der vom Reich bisher angewendeten Mittel die Staatsregierung erlaubt wird, sofort wirkliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Fleischunterstützung durch Zusätze des Landes und der Gemeinde zu erhöhen, ein Berechnungsbild bis zu 300 Millionen Mark für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen und diese im Nachtragserbit 1922/23 einzustellen, überdeßlich die Bezahlung des Gesetzesentwurfs zugunsten der Kleinrentner deren Gleichstellung mit den Sozialrentnern durchzuführen. Auf Antrag unter G. R. D. Mitglieder des Ausschusses wurde der Antrag in gleichem Umfang auch auf die Rentenlohen ausgedehnt. — Ein Antrag auf vierjährige Gehaltserhöhung an Beamte wurde abgelehnt. Eine Neuerordnung über die Beamtenbefördung, die während der landtagslosen Zeit herumgegeben werden mußte, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt.

Neueste Telegramme

Meldungen aus dem Ruhrgebiet

Paris, 25. Januar. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Trouquier, ist in Begleitung des Generals Beyrand gestern abend nach dem Ruhrgebiet abgereist. Der Petit Parisien gibt zu, daß diese Reise wegen der dort entstandenen Schwierigkeiten erfolgte. Das Blatt muß ferner zugeben, daß die meisten Kohlenzüge, die auf Befehl der Besatzungsarmee nach Frankreich oder Belgien geführt werden sollten, ihr Ziel nicht erreicht hätten. Nach wenigen Kilometern hätten sie wieder den Weg in das unbesetzte Deutschland eingeschlagen. Der Widerstand sei noch nicht gebrochen, da man nicht zu unzähliger Strenge fahren und auch nicht improvisieren wolle. Die Belastungsmöglichkeit sei genügt, somit hinsichtlich der Requisitionen wie auch hinsichtlich der Einschaltung der Kohlensteuer eine gewisse Pause eintreten zu lassen. Nur ein Studium an Ort und Stelle werde gestalten. Mittel dazu anzubringen, durch die man zu einer Lösung kommen könne. Der Minister und der General würden aber auch außer diesen Organisationsplänen noch die Aufgabe haben, die verschiedenen Dienstgruppen, die jetzt tätig seien, in einer einzigen überleiten zu lassen. Recht habe man drei Anträge, die die bestehende Militärbehörde, die Ingenieurkommission und den rheinischen Oberkommissar. Solche oft seien die getroffenen Maßnahmen nicht gleichmäßig und man müßte wieder in Paris zurückkehren.

Essen, 25. Januar. Die Beamten haben gestern und heute neue höhere Soll- und Finanzbeamte im Ruhrgebiet verhaftet. Von Vallant Mainz wurden durch die Franzosen drei Beamte festgenommen. Zwei Beamte, die den ihnen erteilten Ausweisungen befolgt nicht hatten, wurden von Gendarmen aus ihrer Wohnung geholt und über die Grenze gebracht.

Hagen, 24. Januar. (W. T. B.) Gestern wurde in den Abendstunden in Bischdorf ein Arbeiter von französischen Soldaten angehalten und zum Helmchen aufgesperrt. Die Soldaten gaben auf ihn, als er auf den Helm nicht hörbar, zwei Schüsse ab. Der Arbeiter erlitt eine Kopfverletzung.

Essen, 25. Januar. Die rheinisch-westfälischen Hüttwerke haben sämtliche Verträge mit den lothringischen Bergwerken aufgehoben und mit schwedischen Erzgruben einen Vertrag auf Viezung großer Mengen schwedischer Erze abgeschlossen, der bis 1922 läuft. Infolge der Einstellung der deutschen Röntgenförderungen wird die Lage der lothringischen Hüttenten immer kritischer. Die Werke sind nur noch acht Tage mit Rohs eingedeckt.

Der Dollar 21546,—

	Berlin, 25. Januar. (Montag.)	26. 1.	26. 1.	24. 1.	24. 1.
Holland	1 Gulden	8453,81	8496,90	8429,87	8471,18
Dänemark	1 Krone	4174,53	4195,47	4164,56	4155,44
Schweden	1 Krone	5755,69	5761,88	5710,68	5709,82
Norwegen	1 Krone	8990,02	8999,98	8955,04	8984,94
Helsingborg	1 fin. Mark	582,88	585,84	580,66	581,25
Schweiz	1 Franc	4019,92	4040,08	4000,05	4030,05
Öster.reich	100 Kronen	29,42	29,58	29,62	29,78
Bras	1 Krone	601,49	604,51	598,50	601,00
Budapest	1 Krone	8,14	8,28	8,22	8,28
Belgien	1 Franc	1251,88	1258,14	1231,91	1238,09
Spanien	1 Peseta	3866,86	3883,44	3861,57	3878,48
London	1 £	1039,89	1045,11	1027,49	1032,68
London	1 £std. Sterling	99800,02	99099,98	99001,87	99498,18
Reichs	1 Dollar	21546,—	21654,50	21544,50	21544,50
Paris	1 Franc	1386,63	1393,48	1391,50	1398,49
Buenos Aires	1 Peso	7905,18	7944,82	7905,10	7947,82

re. Berlin, 25. Januar. (Gig. Dr. Dr. i. m.) Am Dienstagmorgen herrscht auch heute Vormittag wieder Ruhe und die Kurse unterliegen nur ganz geringen Schwankungen. Dollarnoten fallen mit 20 750 ein, liegen dann im Laufe des Vormittags allmählich bis auf 21 500, um an der Börse den Kurs von 22 000 zu erreichen. Die Umschlagsfähigkeit blieb in den heutigen Vormittagsstunden minimal. Der heutige Vormittag am Eisenmarkt zeigte das typische Bild des Börsefestes. Bei den Banken sind nur geringe Aufträge eingelaufen, da das Publikum sich sehr zurückhält. Die Tendenz des heutigen Freiberths war fest und es wurden infolgedessen fast alle Papiere zu höheren Kurzen genommen.

Die Geheimbündler rütteln sich

Die nationalistischen Maulhelden und

Zweigniederlassung:
Bautzen, Theatergasse 8

Dresdner Handelsbank A.-G.

Dresden-A., Ostra-Allee 9
im Hause der Kaufmannschaft

in Dresden: Städtischer Vieh- und Schlachthof · Eliasplatz 3 · Kaiserstraße II · Jahnstraße 8 · Großmarkthalle

530 IV b.
Die Firma Braun & Niegel u. Co., auf dem Grundstück Nr. 1 C der Gräfin für Dresden-Albertstadt, Neubauereigentum, hat eine Metallgießerei errichtet.

Gravur-Gussarbeiten, hergestellt habt und zwar, sowohl sie nicht an bestehende Betriebsbedürfnisse berichten, zur Bekanntmachung ihres Verkaufes — binnen 14 Tagen, vom Eröffnen dieser Ausstellung und an geworben, hier anzubringen.

Unternehmensfirma Dresden-Albertstadt
Gesellschaft und Betriebsleitungsamt
am 25. Januar 1923. [1639]

530 IV b.
Die Firma J. G. Müller u. Co., bestätigt, auf dem Grundstück Nr. 29 der Gräfin für Dresden-Albertstadt, Neubauereigentum, eine Metallgießerei errichtet.

Gravur-Gussarbeiten, hergestellt habt und zwar, sowohl sie nicht an bestehende Betriebsbedürfnisse berichten, zur Bekanntmachung ihres Verkaufes — binnen 14 Tagen, vom Eröffnen dieser Ausstellung und an geworben, hier anzubringen.

Unternehmensfirma Dresden-Albertstadt
Gesellschaft und Betriebsleitungsamt
am 25. Januar 1923. [1639]

Einschränkung der Kohlenlieferung.

Die durch die Reisefahrzeuge geflossene Kohlenlieferung ist auf die folgenden Einschränkungen, die vom 8. bis zum 28. der Bekanntmachung des Reichstagskommunums vom 30. Dezember 1922 in ihrer Fassung vom 15. April 1923, 21. September 1922, 20. Mai und 22. Juli 1922 hiermit angeordnet werden.

§ 2. Kohlenfeste.

Das auf weiteres darf nur noch geliefert werden:

- a) auf die zur Zeit freigegebenen noch unbefestigten Abnahmestellen 11—12 der Gründungs-Gesellschaft 2. Heftseiten;
- b) auf die zur Zeit freigegebenen noch unbefestigten Abnahmestellen 9—27 der neufristeten Standorten 1. Heftseiten;
- c) auf die zur Zeit freigegebenen noch unbefestigten Abnahmestellen 4—8 der Unternehmerturniere 1. Heftseiten;
- d) keiner dürfen die zur Zeit freigegebenen noch unbefestigten Abnahmestellen 4—9 der Gasabholstationen beliefert werden.

§ 2. Belegschaftsweise.

1. Die Betriebsstelle, die auf Belegschaftsweise für den Sommer freigegeben war, darf nur zur Hälfte geliefert werden. Wer diese Hälfte aber nicht benötigt, besagt hat, hat für den Sommer keinen Anspruch auf weitere Lieferungen.

II. Die Lieferung von Kohle ist streng verboten.

III. Einschränkung der Belieferung von Betriebsvermögensstücken sowie der Ausnahmen für Notzwecke, Aufzugsanlagen, Kläranlagen, Kranen, Förderer, Ausbauten und darüber bleibt es vorbehaltlich bei den für Januar verordneten Bestimmungen.

§ 3.

Die vorliegenden Einschränkungen gelten auch für die Lieferungen zu den brauchbaren Absatzgemeinschaften. Wegen etwaiger Zusammensetzung verbleibt es bei der Ausnahmestellung vom 30. Oktober 1922.

§ 4.

Die Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Dresden, am 25. Januar 1923. [1647]

Der Rat zu Dresden.

Stadt langsam, schwerem Leidern verlebt

gehen abends, für uns immer noch viel zu

heiter, unter bewegtem Wetter und Martin

Hedwig Ziegler

geb. Grumann

im Alter von nicht ganz 46 Jahren. [1637]

Die zeigen in tiefstem Schmerze an

Dresden u. New York, den 25. Januar 1923

Benedikt Ziegler und Kinder.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachm.

3 Uhr auf dem Annenfriedhof in Köthen statt.

[1638]

1 großer brauner Zughund

auf den Namen "Dame" während Sonntag entlaufen.

In Witten und Trebnitz getötet worden.

Gegen hohe Belohnung abzugeben. Schäfner-

berger Straße 41. [1639]

Polierei

für Wäschereien und
Kleidern hoch. [1638]

Rahmen · Bälger

Blauwitzer Straße 72. [1638]

1 Malerlehrling

bei gutem Stundenlohn

sichelt. [1638]

Paul Niemietz

Malermeister

Schäferstr. 48 n. 59. [1638]

Techniker-Kurse

Private
Technische
Abendschule

Schul. Vorlesungen
werden fortgesetzt in

3. Stock. Wunden von 1000

Zeiten. Text geschafft. An-

meldung: 1. u. 2. Stock, 11.

Sonnage 11. u. Nachstütt. 11.

Beginn d. Sommers: Februar, um 7.

Viel Geld sparen Sie

durch Einkauf von

Gesellschafts- u. Straßenkleidern

Damenmanteln, Röcken, Blusen

Große Auswahl, prima Qualitäten

Ellisabeth Becker, Dresden

Postplatz, Sophienstr. 1. u. 2. Nein Laden.

Wenige Exemplare, alle Vorteile für die Kundenarbeit.

Frische Hasen!

J. Bäumert, Dreikönigskirche 3.

Grenzgasse 14/85. [1638]

Bitte Güter mitbringen! [1638]

B.G.P.D. 4. Unterbezirk

Verkehrsverein: Tel. 16201. 16211.

Dresden-N. Bezirke 1—6 und Wald-

landkreis. Freitag, 8 Uhr, im Jugend-

gärtner-Versammlung. Genoss. Geistl.

Kirche über: Die politische und wirtschaftliche

Zone.

Bezirk Lichtenberge. Freitag, 8 Uhr, im

Genoss. Geistl. Versammlung.

Bezirk Pleißen. Freitag, 8 Uhr, im Richter-

Restaurant: Vortrag des

Genoss. Geistl. über: Die Verschärfung der

deutschen Wirtschaft.

Bezirk Loschwitz. Freitag, 8 Uhr, im Dorf-

haus: Gruppenansitzung.

Bezirk Rähnitz. Freitag, 8 Uhr, im Genoss. Geistl.

versammlung und Arbeitserziehung.

Bezirk Ottendorf. Freitag, 8 Uhr, in der

Stadt. Erweiterte Aktionsausschusssitzung.

Gruppe Lausa. Freitag, 8 Uhr, im Seiter-

haus: Gruppenansitzung und Vortrag des Genoss. Geistl.

Gruppe Leppersdorf. Sonntag, 8 Uhr, im

Oberen Rathaus: Gruppenansitzung.

Gruppe Röhrsdorf. Sonntag, 8 Uhr, im

Kino: Gruppenansitzung.

Gruppe Weißig. Freitag, 8 Uhr, im Städter-

Restaurant: Mitgliederversammlung.

Bezirk Villnitz (Alt. Frauen). Freitag, 8 Uhr,

zu Hause der Frauen: Vortrag des

Genoss. Geistl. über: Frauenfragen und

Arbeitskräfte.

Umrahmt von herrlichen Naturschönheiten des

Südens und des Hochgebirges.

Nach der gleichnamigen Oper von

Eugen d'Albert.

Lil Dagover

als Marta

Michael Bohnen

als Sebastian

Paul Hansen

als Pedro.

Regie: A. E. Lichy.

Begann der Vorführungen

täglich 4. 5%. 7. 8. 9 Uhr

1638

Preiswertes Angebot

Prima Hemdentuch Meter 950.—, 765.—

Bester Nessel, 88 cm breit Meter 750.—

Bunter Hemdenbarchent Meter 780.—, 950.—

Weißer Barchent Meter 1050.—, 1180.—

Damen-Hemden 1200.—, 1980.—, 2200.—

Herren-Normalhemden. 2500.—, 2900.—, 3500.—

Herren-Unterhosen 750.—, 1600.—, 1950.—, 3100.—

Pa. wollenes Strickgarn, Lage 850.—, Pfund 4250.—

Pa. wollenes Strickgarn, Lage 950.—, Pfund 4750.—

Hugo Richter

Rosenstraße, Ecke Ammonstraße

1638

Leder-Ausschnitt u.

Schuhbedarfs-Artikel

kauft man gut und preiswert in

Dresden-N., 52 Um See 52, Ecke Kleine

Mühle: Löbtau, Kesselsdorfer, wider Str.

Emil Göbel, Lederhandlung.

Pelzwaren

zu vorteilhaftesten Preisen

vor einer Ausstellung.

Maßanfertigung. Modernisierung

schnell und preiswert bei

Wilhelm Eichner, Kürschner

Dresden-A., Waldseepfl. 8 (Nähe Fürstengpl.)

Felle

aller Art kaufen für

eigene Bedarf.

1638

wanzen Ungeziefer

wird sachmässig ausgerottet.

Kammerjäger Wegehaupt

Dresden-N., Luisenstraße 62 — Tel. 17757

Mitglied der Kammerjäger-Innung.

1638

Friseur Hasen!

Donnerstag den 25. Januar 1923

Bucherabwehr

Über den Kampf gegen den Bucher herrscht noch immer viel Unsicherheit. Da zur Zeit eine neue gigantische Tenuierungswelle heranrollt, läßt folgende Auskündigung anbringen sein.

Zuständig für die Strafverfolgung sind die Justizbehörden. Bei scharem Zusagen können diese viel erreichen, besonders durch die abschreckende Wirkung harter Strafen. Dazu müssen aber verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein, woran es leider oft fehlt. Sobald sich in dem Erörterungsergebnis eine Lücke befindet, hat die Staatsanwaltschaft ein fahrlässiges Verbrechen. Dem leider genötigen ja auch heute noch die erbärmlichsten Wichter, die Schieber und Blätterer, einen leichten Schutz, da sie nicht verpflichtet sind, ihre Unschuld nachzuweisen. Vielmehr muß ihnen das Gericht ihre Schuld nachzuweisen können. Das hält oft schwer. Nicht erhebliche Gefülsfehler beginnen übrigens schon jetzt die schiefen erfolglosen Abkommen der Staatsanwälten zu Landespräzisionsstellen zu zulassen. Allerdings, auch deren Erklärungen und geringe Willkür verfügen, wenn die Erörterung eine ungenügende ist.

Hierfür Abhilfe zu schaffen, ist Aufgabe der Preis-

prüfungsstellen. § 6 der Bekanntmachung über Errichtung von Preisprüfungsstellen vom 25. September 1915 in Verbindung mit der Bekanntmachung über Auskunftspräst vom 12. Juli 1917 bzw. 11. April 1918 gewährt ihnen die erforderlichen Handhaben. Jedes Mitglied einer Preisprüfungsstelle sollte sich von seiner Gemeinde eine Abschrift dieser wichtigen Bestimmungen ausdrucken lassen. Sie bilden eines der Fundamente der Tätigkeit der Preisprüfer.

Es darf aber dann auch unter Ausnutzung dieser Rechte gearbeitet werden! Durchaus irrg ist es anzunehmen, eine Preisprüfungsstelle sei nicht in der Lage, dem Bucher entgegenzutreten, da derfelbe seine Wurzeln außerhalb der Gemeinde, bei den Konzernen usw. habe. Wie soll man denn hinter das Gebaren der einzelnen Konzerne kommen, wenn man sich nicht bei dem Einzelhandel die Auswirkung der Lieferungs-, Zahlungs- und Verkaufsbedingungen, die ihm aufgelegt sind, durch Einsichtnahme in die Unterlagen ansieht? Dazu gerade sind doch die Preisprüfungsstellen berufen, und heute mehr denn je! Es kann nicht den schändlichen Auswirkungen der Preispolitik genannter Art nicht beizukommen, wenn die Preisprüfungsstellen auf diesem Gebiete versagen.

Man soll aber auch nicht die Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen, überschätzen. Die beste Preisprüfungsstelle vermag an der Tatsache der natürlichen Geländevertretung nichts zu ändern. Besonders in der nächsten Zeit werden wir infolgedessen mit außerordentlichen Preissteigerungen rechnen müssen. Es muß jedoch dringend gefordert werden, daß die Mitglieder der Preisprüfungsstellen darauf hinwirken, daß nicht ungewollt fertig hohe Preise genommen werden. Aussprachen mit den Vertretern des Handels sind hierzu sehr geeignet. Gegen Aufseiter ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen. Insbesondere empfiehlt sich eine scharfe Kontrolle der Preisbildung für Milch und Butter. Es darf nicht angelassen werden, daß Milchhändler oder Molkereien den Nutzen der erfolgten Preisherabsetzung einstreichen. Beider ist diese Mahnung nicht ohne Berechtigung. Verwerthlich ist hier vor allem jede Kirchurmspolitik, ein Verhalten, das diktiert ist aus egoistischen Gemeindeländern. — Einen praktischen Hinweis, wie am wissenschaftl. einer Lösung der Notlage der Verbraucher eingegangen werden kann, hat der neue Präsident der Landespolizeiakademie in Preußen am 4. Dezember veröffentlicht. Er empfiehlt, Meldungen über strafbare Überbeschaffungen, Bucherläufe usw., an die Ortskarteile der Gewerkschaften abzugeben. Diese haben sie dann an die zentralen Stellen weiterzuleiten. Zu hin diesem Erfolg wird auf die Bedeutung der — in Sachsen seit langem angesiedelten und zum Teil mit Erfolg eingeführten — Verbraucherkommissionen hingewiesen, die an partäisch zusammengefeste Preisprüfungsstellen anzugliedern sind. Aufgabe dieser Kommissionen ist die Mitwirkung bei der Preisprüfung und eine Belebung der Preisprüfungsstellen herbeizuführen in den Gemeinden, wo dies notwendig erscheint.

Der Sozialismus der Preisprüfungsstellen ist die Preisfreiheitserordnung vom 8. Mai 1918. § 1 und 2 dieser Verordnung sollte ebenfalls abschriftlich im Besitz eines jeden Mitgliedes einer Preisprüfungsstelle sein. Diese Verordnung ist deshalb so wichtig, weil sie allein den

Mahntest gibt, ob eine strafbare Überbeschaffung vorliegt. Unterm 8. v. M. hat nun der derzeitige Reichswirtschaftsminister zu § 1 genannter Verordnung Grundfaile herausgegeben, die tiefgründender Natur sind. Diese Grundsätze weisen eine sehr enge Ideenverbindung mit den Forderungen auf, die der Einzelhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelsamtes am 15. November v. J. aufgestellt hat. Zum großen Teile bedeuten sie resolute Verstellung dieser Forderungen. Eng mit der Stellungnahme des Reichswirtschaftsministers verknüpft ist das aufschenerregende Urteil des ersten Strafgerichts des Reichsgerichts vom 19. v. M. Gerade für die Gegenwart, die seit rapider Preisänderungen, dürften beide Schriftsätze recht wenig geeignet sein. Sie sind vielmehr ganz dazu angelegt, innerhalb kürzester Zeit den Einzelhandel auf den Hund, den Konsumenten in seiner Ohnmacht auf die Straße zu tragen. Das soll ja aber gerade vermieden werden! Es ist zu hoffen, daß sowohl das Reichsgericht, als auch der Reichswirtschaftsminister von der gesamten Verbraucherseite, unter Führung der Gewerkschaften, zu einer andern Stellungnahme gebracht werden. zw.

Sachsen

Die Reichsregierung lehnt das Lehrerbildungsgesetz ab

Im Reichskabinett ist am 12. Januar 1923 gegen eine einzige Stimme der Besluß gefaßt worden, den Gesetzentwurf zur Neuordnung der Lehrerbildung nicht einzubringen. Damit entzieht sich die Reichsregierung der Verpflichtung, die die Reichsverfassung auferlegt.

Dazu schreibt die Leipziger Lehrerzeitung:

Die Länder, die sich zu einer fortschrittlichen und gerechten Bildungspolitik verbürgt fühlen, müssen nunmehr mit verdoppelter Energie an die Reform der Lehrerbildung herangehen. In Sachsen läuft die Entwicklung wieder vorwärts seit den Neuwahlen. Der Ausbau der Hochschulrichtungen mit Einschlus der Pädagogischen Institute steht unmittelbar bevor. Thüringen schuf bereits die gesetzliche Grundlage für die neue Lehrerbildung und entwickelt jetzt in Jena die notwendigen Einrichtungen und löst die wichtige Personfrage. Hamburg und Bremen sind sicherlich bereit zum gemeinsamen Handeln.

Da der Wille, in Kulturfragen einheitlich vorzugehen, bei der Reichsregierung nicht zu erkennen ist, muß wie früher von Einzeländern die Führung übernommen werden.

Jeder muß sich amüssieren!

Der Verband südl. Händler, Schuhsteller und Verfugsgenossen hält am 26. und 27. d. M. seinen Verbandstag ab, der mit einem „Großen Verbundfest“ in Gestalt eines Kirchweihfestes in Oberursel-Dorf“ schließt. In der Ankündigung heißt es: „Großer Kirmesstrubell feiert über! Überraschungen über Überraschungen! Jeder muß sich amüsieren!“

Wir finden diese Ankündigungen äußerst zeitgemäß. Vielleicht läßt sich auch die — angeblich der Ruhrebefreiung so heiterfehlte — Einheitsfront unseres Volkes unter dieser Parole herstellen. Juhu!

Sachsen im Reichshaushalt

Im Reichshaushalt 1923 sind für den Neubau eines Hauptpostgebäudes in Dresden 10 Millionen Mark ausgelegt. Neu angefordert werden für die Bahnhofserweiterung in Löbtau bei Leipzig 6 Millionen Mark, in Chemnitz-Süd 10 Millionen Mark, zur Erbauung eines dritten Reichshauses in Chemnitz-Hilbersdorf 5 Millionen Mark, zur Herstellung einer Feuerungsanlage und Erweiterung der Rangieranlagen in Dresden-König-Albert-Hofen 3 Millionen Mark, zur Herstellung eines Gütergleises von Heidenau bis Rötha 5 Millionen Mark, zur Erweiterung der Gleisanlagen Zabels 1 Million Mark, zur Herstellung von Nebberholungsgleisen in Lehnbergs 1 Millionen Mark, zur Bahnhofserweiterung u. a. in Neusalza 5 Millionen Mark, zur Erbauung eines dritten Reichshauses in Reichenbach (Vogtl.) 6,5 Millionen Mark, zur Erbauung von Nebberholungsgleisen in Sommeritz 12 Millionen Mark, zu gleichem Zweck in Sachsen 10,5 Millionen Mark, zur Bahnhofserweiterung in Weißbau 4 Millionen Mark, zur Verbesserung der Verkehrswertum in Hof 4 Millionen Mark und in Riesa-Großhartmannsdorf 4 bzw. 3 Millionen Mark.

Nach einer Pause, wo seine drohenden Augen eine beispielhafte Auseinandersetzung seitens Sulettas erwarteten, nahm er wieder das Wort:

„Presse und Publikum beschäftigten sich einige Tage mit dem tödlos auf den Schienen gefundenen Reisenden; dann eigneten sich neue Mordeaten, welche jene begruben, und bald schien der Vorfall in Vergessenheit gefallen.“

Der andre Reisende, der in Dijon abgestiegen, dem ich den besseren Koffer, als es sein eigener war, nachgeworfen hatte, beging die unvergleichliche Dummheit, ihn zu behalten und nichts zu sagen. Sechs Monate nach dem Fall wurde er wegen dieses Kleinkoffers und der darin enthaltenen Gegenstände festgenommen, unter der Anschuldigung, dessen Eigentümer umgebracht zu haben.

Er leugnete seine Reise in der Nacht des Verbrechens nicht; aber als er darüber aufzulären wollte, wie der Koffer des Opfers in seinem Besitz gekommen war, erschien sein Bericht ganz und gar läugenhaf.

Kein Beamter entzann sich seiner Geschichte von dem veräusserlichen Zug, von dem durch einen Dritten auf den Perron geworfenen Uebergießer und Koffer.

Er stellte die vertrogenen Behauptung auf, daß er, von einem kurz zuvor erfolgten Todesfall ganz niedergeschmettert, diesen Koffer — fremdes Gut, junges Mädchen! — auf Gleichgültigkeit gegen die Außenwelt behalten hätte, weil die zur Rückerstattung nötigen Schritte in diesem Augenblick eine Anstrengung über seine Kräfte bedeutet hätten.

Vor das Schwurgericht gestellt, wurden ihm milbernde Umstände verhaft; man verhängte über ihn die Todesstrafe. Aber die Gnade des Staatsoberhauptes milderte trotz festigen Widerstands der öffentlichen Meinung diesen fatalen Wahrspruch und wandelte ihn in lebenslängliche Haftstrafe um.

Der Name dieses Menschen war Villot. Bald berichteten mit die Zeitungen, er wurde nach Neapel abgeschafft.

Das leuchtende Gesicht des Alten, seine rotunterlaufenen Augen, die gekrümmte Nase erzitterten in einer phantastischen Erregung. Für Augenblicke mußte Sulette eine Halluzination von sich abschütteln; es schien ihr, daß eines der umstehenden Wölfe blutige Farbe, gleich dem allähnlichen Antlitz des Kreises, annahm.

(Fortsetzung folgt)

Leipziger Frühjahrsmesse 1923

In diesen Tagen ist die Einladung zur Leipziger Frühjahrsmesse 1923, die vom 4. bis 10. März stattfindet, verhandelt. Das Einladungsbüro, das mit einem höchst originellen künstlerischen Umschlag versehen ist, enthält den Fahrplan für die Messeabzüge, das Programm für die Veranstaltungen und eine Reihe für die Besucher der Messe wichtiger Hinweise.

Die Leipziger Messehalle. Nachdem das Reichsmietengesetz auch für Messeausstellungsräume Geltung erlangt hat, ist beim Mietamt der Stadt Leipzig eine besondere Kammern für Messehallefreizeiten unter dem Vorzug des ehemaligen Oberbürgermeisters Geheimrat Dr. Dietrich errichtet worden. Die Kammern hat ihre Tätigkeit bereits Anfang Januar aufgenommen und schon zahlreiche Entscheidungen getroffen.

Der Reichsausschuß hat beantragt, die Strafverfolgung des Abgeordneten *„...“* zu genehmigen.

Der Reichsbrand Deutscher Technik, Landesgruppe Sachsen, als Vertreter der Technik in einem zweiten wichtigen Industriezentrum Deutschlands, erhob schärfster Protest gegen den Verlust, das deutsche Volk zu nebeln und grüßt die Technik am Rhein und der Ruhr sowie alle Kämpfer an der Sicherung der deutschen Einheit und ungefürchteter friedlicher Arbeit.

Der Landesverein Sachsischer Heimatbund hat eine Eingabe an das Wirtschaftsministerium gerichtet, in der er warm für die Schaltung des heimischen Wirtschaftsstandes eintritt.

Stadt-Chronik

Brot oder Zeitung?

Wer in schwankender Zeit auch schwankend gefaßt ist, der vermehrt das Uebel und breitet es weiter und weiter. Wenn man erst einmal die Waffen der Arbeiter geteilt hat, dann wird man mit ihnen und ihren Forderungen fertig. Das weiß jeder. In bewegten Zeiten werden Unsicherheiten kommen, die manchen beitreten können; es sind zuweilen auch Maßnahmen notwendig, die in andern Zeiten von den Führern nie gewählt worden wären, jetzt aber aus rein weltfliegenden Ursachen gar nicht abzuweichen sind, und da bringen sie nicht feste Seile leicht ab. „Was bringt dir denn dein Blätter?“ fragt die Frau. „Was hat es dir gebracht?“

Das steht fest, wäre es nie gelungen, daß Proletariat zu einzigen, zusammenzuhalten, dann ginge es ihm heute sehr schlecht. Wer ungeduldig ist über untern langsame Fortschritt, dem fehlt geschichtliches Verständnis. Noch zu seiner Zeit haben Weltanschauungen von der doch das ganze Leben umstellenden Bedeutung des Sozialismus in wenigen Jahren die Völker erobert. Selbst das Nachhelfen der Gewalt fördert da nichts, wie uns das sich rücksichts bewegende Sovjetrußland lehrt. Weltanschauungen wenden sich nicht an Muskeln, sondern an die denkende Vernunft. Heute Überzeugung und klarer Wille sind mehr wert als vorübergehende Strahlengemälde. Sobald der Zeitpunkt da ist, von dem an man ein Neues dauernd begründen kann, muß es geschehen. Gegenwärtig ist wenig möglich. Wer das nicht sieht, der wird unzufrieden. Da ist gerade die Presse nötig mit ihrer stets wachsenden Kraft, stets neuen Anregung. Wir dürfen nicht einschlafen. Die gegenwärtige Zeit arbeitet auf allen Gebieten für den Kapitalisten, glänzend geradezu auf dem Gebiet der Presse. Der Kapitalismus strebt danach, sie völlig zu beherrschen, umso Blätter gänzlich zu vernichten und so ohne Parlament, Regierung und Gesetz der Arbeiterbewegung das Genie zu brechen. Wenn das die Waffen nicht verstehen, dann gelingt es. Denkt dir eine Reichstagswahl ohne Presse für deine Notwendigkeiten! Nur die Gegner haben Papier und Schärze in Fülle! Du kannst nichts machen! Deine ganze Kraft liegt allein im Zusammenhalt der arbeitenden Massen, ganz allein. Geht zu Bruch, dann bist du auf Jahrzehnte geliefert. Wer das nicht begreift, dem fehlt vieles; wer es aber ein sieht, der wird auch nicht ohne Not die Arbeitspresse im Stich lassen. Er weiß, daß er sich im Stich läßt.

Gleitige Röberung, gleitige Auffrischung ist ebenso notwendig wie Brot. Die Frau, die jetzt unsere Zeitung als entbehrlich ansieht, ist nicht etwa die bessere Rechnerin; denn wer die Kraft kennt, die dem Aufschwung der Proletarier allein Flügel zu leisten vermag, der stärkt das Kapital der Feinde. Ich will die moralische Ausgabe für die Zeitung nicht unrechnen in Wurst, Butter, Eier, Bier, nein, ich halte meine Genossen und Genossinnen für viel zu einsichtig. Wer nicht begreift, was auf dem Spiele steht, wer so oberflächlich

die Hände, wie das ein Mann tut, der soeben ein gutes Geschäft abgeschlossen oder ein wichtiges Werk beendet hat. Dann, da es mir nicht möglich war, untätig zu bleiben, verzehrte ich eine kleine Trüffelpastete und zündete eine Zigarette an.

Diese kleinen Details sind für Sie, junges Mädchen, um Ihnen zu beweisen, daß mein Seelenzustand nicht der eines Verbrechers war. Warum sollte ich mich auch im Seelenzustand eines Verbrechers befinden haben?

Plötzlich, von einer sehr verständlichen Neugier bewegt, wollte ich den trübsinnig zurückgebliebenen Koffer untersuchen, und da erst entdeckte ich mit die Hornesursache meines toten Reisegefährten: dieser Koffer war nicht der seine. Dorisler hatte ich sofort Gewißheit: das war ein schlechter Wasarattler, der nur ordinär Wörter enthielt, und ich erinnerne mich, daß der Betreffende eine elegante Reisetasche öffnen gehaben zu haben — dieselbe, die ich, weiß Gott! hinausgeworfen —, welche ein reich ausgestattetes Necessaire enthielt.

Zu allererst, um meine Aufmerksamkeit nicht von der Trüffelpastete abzulenken, hatte ich, um nicht länger suchen zu müssen, angenommen, daß mein Angreifer einem plötzlichen Tobsuchsanfall nachgegegangen. In der Erkenntnis des Irkmuts konnte ich mir nicht versagen, drohend auf meinen Schenkel zu schlagen:

„Nein, das ist wirklich hart!“

Aber die erlaubte Notwehr entband mich vom geringsten Bedenken.

In Lyon stieg ich aus, den verlorenen Koffer im Stich lassend; aber ein überreifer Beamter stützte hinter mir. Um keinen Verdacht zu erwecken, mußte ich dieses Gußgefäß mitschleppen. Da es nichts Wertvolles enthielt, und ich kein Dieb bin — verstanden, junges Mädchen? —, warf ich den Koffer in den Helden weg.

Sulette lauschte wie gebannt, mit offenem Mund, in der Besichtung, zu hastig zu atmen. Der Mann unterließ es bestoßen, sie anzusehen, wie wenn er zu sich selbst spräche. Und die sichere Klarheit seiner Worte gewährte in der Tat den Eindruck, daß er nicht improvisierte, sondern im Gegenteil eine oft überwachte Geschichte laut wiederholte.

ist, daß er heute seine alte Stumpfgenossin leichtlich missen kann, der gehört zu jenen Menschen, die gerne dort ernten, wo sie nicht sätten. Es gibt kaum eine Bewegung, die so viel geistige Kraft nötig hat wie der Sozialismus, und wer ihm dienen will, sorge, daß seine Kraft nicht erlahme. Sein geistiges Rüstzeug vernachlässigen, heißt den Gegner stärken. Wie müssen in fester Kette stehen, müßten uns stets daran erinnern, daß wir noch einen schweren Kampf vor uns haben und darum Opfermut bezeugen. Auf dich, Genossin, kommt es in dieser Zeit viel an; denn du führst in der Regel den Beutel des Haushalts. Höre, ich dich und deinen Mann nicht gern verhügern, lass ihn nicht geistig fesseln, übergebe nicht das Feld deinen Feinden! Tantum warst du nichts. Für den Tag vielleicht, nichts aber für deine Kinder.

Man man noch?

Nein, man muß erst rechnen.

Fleischwucher

Der Fleischverbrauch geht immer mehr zurück. Große Kreise der Bevölkerung können sich selbst an Sonntagen kein Stück Fleisch mehr leisten. Die letzten Tage brachten nun ganz bedächtige Ercheinungen. Das Wirtschaftsamt ist bestellt. Das Volk soll eine Einheitsfront bilden. So steht es zu lesen. Am lauernden rufen die agrarischen Blätter nach der Einheitsfront. Sie schreiben von Opfern des deutschen Volkes und lachen sich dabei eins ins Jänkchen über das gute Geschäft, das jetzt für die Landwirtschaft blüht.

Schon vor der Besetzung wurde über systematische Zurückhaltung des Schlachtviehs in den Erzeugergebieten gefragt. Jetzt wird es den Aufzüchtern, die ins unbejagte Gebiet fließen wollen, überhaupt unmöglich gemacht, noch Vieh zu bekommen. Es wird nur Vieh aus Aufläufern abgegeben, die die höchsten Preise anlegen. Preise, die der Händler mir im besetzten Gebiet von den "Franzen" erhalten kann.

Der letzte Weihnachtsmarkt in Dresden war außerordentlich schwach. Der Kauf war nicht zu stark, aber trotzdem wurden Preissteigerungen von 60 Prozent gegenüber dem letzten Markt erzielt und bezahlt.

Eine weitere Preissteigerung ist die unauabsehbliche Folge solcher Wucherpreisen. Es droht sich mit Gewalt die Frage auf: soll es so weiter gehen? Was müssen alle Einstellungen, wie Preisprüfungsstellen, Wucherämter und dergleichen, wenn nicht schon bei der Landwirtschaft selbst durchgegriffen werden? Die Möglichkeiten dazu sind gegeben, wenn die Reichsregierung nur will.

Kohlenzettel für die Franzosen werden nicht ausfahren. Mit Recht. Aber das genügt nicht. Die Agrarier müssen verbündet werden, Großverdienste aus der französischen Bevölkerung auf Kosten des deutschen Volkes herauszuholen! Auch das ist eine Forderung der Stunde, nicht wieder wichtig, wie alle andern.

Gemeindebüche der Stadt Dresden

Gründung am 29. Januar

Das städtische Lebensmittelamt macht bekannt: Am 29. Januar 1923 wird im Stadtgebiet eine Gemeindebüche eröffnet. Sie beweist die Herstellung einer reichlichen und sättigenden Mittagsmahlzeit (3 Litter) für jedermann zum Selbstkostenpreis.

Die Ausgabe der Mahlzeiten erfolgt täglich, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen — erstmals am 29. Januar — in nachstehend genannten Ausgabestellen in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 1 Uhr nachmittags:

Wettinerstraße 5, Johann-Georgs-Allee 18, Sedanstraße 19, Wernerstraße 27, Arledrichstraße 48, Schandauer Straße 36, Holzstraße 25, Schönleberstraße 2, Leipziger Straße 76, Altstrachau 52, Windmühlenstraße 12, Zwingerplatz 2, Brunnenstraße 61.

Die Ausgabe erfolgt nur gegen Speiseausweis, der auf einen ganzen Kalendermonat ausgestellt ist und auf Datum lautet. Er ist allmonatlich in allen Ausgabestellen bei den ehemals auch die Speise ausgehenden Helferinnen in den Ausgabestunden von 12 bis 1 Uhr nachmittags erhältlich. Der Ausweis berechtigt zur Zwischenabnahme in jeder Ausgabestelle.

Der Hofsänger muß seit einem Tag vor dem Tage, an dem er die Wahlzeit einnehmen will — erstmals für die am 29. Januar einzuhaltende erste Wahlzeit —, jedoch drei Tage vor dieser ersten Wahlzeit, also am 29. Januar, in der von ihm bevorzugten Ausgabestelle während der Ausgabestunden der Helferinnen mitteilen, ob er am nächsten Tage bzw. drei Tage später, soweit die erste Zwischenabnahme in Frage kommt, am Essen teilnehmen will. Das geschieht dadurch, daß er der Helferin den jeweiligen Portionszettel im voraus zahlt, die den Monatszettel vorlegt und die Helferin den für die bestimmte Wahlzeit in Frage kommenden dritten Tagesabschnitt als Nachweis dafür, daß der Hofsänger bereit und geziert hat, durchschlägt. Am nächsten Tage erhält er jedoch aus den Ausgabestellen die besuchte Wahlzeit, nachdem die Helferinnen aus den zweiten, auf dasselbe Datum wie bei der ersten Abstimmung stattfindenden Tagesabschnitt zum Nachweis dafür, daß der Hofsänger eine Wahlzeit an diesem Tage erhalten hat, durchschlägt.

Eine Verhängung ohne Voranmeldung kann aus technischen Gründen grundsätzlich nicht erfolgen, ebensoviel eine Verhängung, falls die Wahlzeit an dem Tage, für den sie bestellt ist, nicht eingeschoben wird. Das Vorzugsrecht muß jedenfalls ausnahmslos zugunsten der Wahlzeitsermittlung verurteilt werden.

Will der Hofsänger mit Gottesfürcht selbst mitzuhören, Zorte i. Klug vorhanden ist, kann die Wahlzeit in den Ausgabestellen auch eingerichtet werden.

Der Portionszettel beträgt zur Zeit 150 M. Eine Erhöhung im Falle des Steigens der Selbstkosten muß vorbehalten bleiben. Den Anstrengungen der Helferinnen während der Ausgabestunde ist unbedingt Folge zu leisten.

Befreiung durch den Fernsprecher

Im September 1921 hatte der Schriftsteller Müller-Helldorf wegen eines Hörgeräts eine Diffenz. Bei dieser Gelegenheit sprach er mit der Oberaufsicht des Fernsprechamtes und verlangte den Namen des betreffenden Beamten. Der wurde ihm bestimmt genannt. Darauf rief Müller-Helldorf in den Apparat: „Wenn Sie mir Ihren Namen nicht nennen, sind Sie ein Zürnner, ein großer Lump. Ein daraus entstandener Beleidigungssprach gegen Müller-Helldorf endete vor dem Schöffengericht mit der Freisprechung des Angeklagten. Dagegen hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingeregt. In der Berufungsverhandlung vor der 4. Strafkammer bestritt der Angeklagte, die beleidigenden Worte in dieser direkten Form gebraucht zu haben, während Oberleitungsbeamter Schubel bezeichnete, daß sich der Vorwurf so abgespielt habe. Auf Grund der erneuten Beweisaufnahme forderte der Staatsanwalt die Bestrafung wegen Beleidigung nach § 185 des Strafgesetzbuchs. Nach längerer Beratung wurde das Schöffengerichtliche

Urteil aufgehoben und Müller-Helldorf zu 600 M. Strafe verurteilt. Das Gericht hatte die Bekleidungen als voll erweisen angeschaut, konnte aber nach den für solche Fälle gültigen Bestimmungen nicht auf eine höhere Strafe erlassen.

Eine Verkürzung der Polizeistunde in Dresden auf 12 Uhr nachts hat auf Vorschlag seines Kollegiums für Schranken der Rat zu Dresden beim Ministerium des Innern angeregt.

Ausgleichsfonds. Der Rat tritt dem abweidenden Beschuß der Stadtvorordneten zum Ortsgebot über Freilicht- und Ausgleichsfonds nach dem Reichsmietengesetz bei. Danach soll u. a. der zur Bildung des Fonds zu erhebende Zufluss zur Wohnungsbau abgabe je nach dem Zugangswert im Sinne von § 4 des Reichsgesetzes vom 26. Juni 1921 nach 160 bis 800 Prozent dieses Zugangswertes gestaffelt werden. Wohnungen und gewerbliche Räume mit einem Zugangswert bis zu 200 M. bleiben von der Abgabe frei.

Die Vergütung für Freimachung von Wohnungen wird im Höchstbetrage von 20 000 M. auf 100 000 M. erhöht, ebenso die Entschädigung an Altersheimen, die Wohnungsinhaber gegen Freimachung der Wohnung aufzunehmen, im Höchstbetrage von 6000 M. bzw. 1000 M. (mindertwertige Wohnungen) auf 30 000 M. bzw. 5000 M. Neuerdings führt die Vergütung bis zu 50 000 M. Höchstbetrag für Freimachung einer größeren Wohnung gegen Entfernung einer um mindestens zwei Wohnräume kleineren. Wohnungen über sechs Zimmer und mit Centralheizung sind von dieser Vergütung ausgeschlossen. Zur Deckung des Aufwandes wird ein weiteres Berechnungsgeld von 3 Mill. M. benötigt.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen teilt und mit: Die Teuerungszuschlässe für bedürftige Kriegsopfer sind für den Monat Januar 1923 erhöht worden. Darüber hinaus wird für Dezember 1922 eine Nachzahlung in Höhe von 25 Prozent gezahlt. Anspruch auf diese Nachzahlung haben alle Personen, die am 1. Januar 1923 zum Empfang eines Teuerungszuschusses berechtigt waren. Die Zuschüsse für den Monat Januar betrugen im einzelnen: Kriegsbeschädigte von 50 bis 80 Prozent — 7600 M., mit mehr als 80 Prozent — 11 400 M., nur auf die Rente angewiesene — 20 000 M.; Witwen — 7000 M., nur auf die Rente angewiesene 14 000 M.; Halbwaisen — 5500 M., Vollwaisen — 9000 M.; ein Elternteil — 6000 M., beide Elternteile — 9000 M.; Empfänger eines Überangsbezuges, eines Haushalts oder einer Witwenbeihilfe — 7600 M.; Kinderzuschuß der Schwerbeschädigten und Empfänger eines Haushaltes oder Übergangsgeldes — 5000 M. Die Einzommengrenzen erhöhen sich mit Wirkung vom 1. Januar 1923 entsprechend. Die Fürsorgestellen sind bemüht, die Auszahlung der Zuschüsse schnellstens zu bewirken.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen teilt und mit: Die Teuerungszuschlässe für bedürftige Kriegsopfer sind für den Monat Januar 1923 erhöht worden. Darüber hinaus wird für Dezember 1922 eine Nachzahlung in Höhe von 25 Prozent gezahlt. Anspruch auf diese Nach-

zahlung haben alle Personen, die am 1. Januar 1923 zum Empfang eines Teuerungszuschusses berechtigt waren. Die Zuschüsse für den Monat Januar betrugen im einzelnen: Kriegsbeschädigte von 50 bis 80 Prozent — 7600 M., mit mehr als 80 Prozent — 11 400 M., nur auf die Rente angewiesene — 20 000 M.; Witwen — 7000 M., nur auf die Rente angewiesene 14 000 M.; Halbwaisen — 5500 M., Vollwaisen — 9000 M.; ein Elternteil — 6000 M., beide Elternteile — 9000 M.; Empfänger eines Überangsbezuges, eines Haushalts oder einer Witwenbeihilfe — 7600 M.; Kinderzuschuß der Schwerbeschädigten und Empfänger eines Haushaltes oder Übergangsgeldes — 5000 M. Die Einzommengrenzen erhöhen sich mit Wirkung vom 1. Januar 1923 entsprechend. Die Fürsorgestellen sind bemüht, die Auszahlung der Zuschüsse schnellstens zu bewirken.

Über die Bedeutung des Kleingartens hält morgen Freitag abends 7½ Uhr, in der diesigen Gruppe des Bundes Deutscher Bodenreformer Herr Schilling, Vorstand der Landesstelle des Kleingartenwesens, einen Vortrag. Gäste willkommen.

Schauspielvereinbruch. Am 23. Januar gegen 8 Uhr morgens, wurden in der Friedauer Straße in einem Sattlergeschäft nach Verträumen der Schauspielerin aus der Auslage Ledermarrow im Wert von 200 000 M. gestohlen, u. a. ein Messerstiel, 70 X 44 Centimeter groß, mit gelben Beschlägen, Handtaschen, Brieftaschen, Geldbörsen, Schlüsseln usw.

Einbrüche. Gestohlen wurde am 24. Januar früh aus einem Grundstück an der Nolensstraße ein Herrenfahrrad Marke Drals, ein Rad neuer, 2 Meter langer und 9 Centimeter breiter Felgenräder, ferner Handtasche, Tasche, Stofftasche, Schuhmutter, Schuhbeutel und Tasche. Der Verdächtige hat für Wiederherstellung der Sachen eine hohe Belohnung zugesetzt. — Ferner wurde in der Nacht zum 21. Januar aus einer Baustraße an der Mohrenstraße (städtischer Bauhof) durch Einbruch Lederhandwerkzeug (komplett Garnitur) im Wert von 40 700 M. gestohlen.

Brand der Freunde taubstummer Kinder. Sonnabend den 3. Februar, 7½ Uhr, Hauptversammlung in der Taubstummenanstalt.

Compl. Connolly redet, 9 Uhr, in der Schule öffentliche Versammlung. Herr Landtagsabgeordneter Wedel spricht über: Die politische Lage.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Dresden, Freitag Abend-Sitzung. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, im Restaurant Sad-Erlangen, Kemnig, Jahresversammlung. Genosse Marg spricht über: Der Kampf der Organisation. Zahlreiches Exponat ist Pflicht. Gäste willkommen.

Aus dem Parteileben

4. Unterbezirk

Dresden-N. Bezirke 1 bis 6 und Waldschlößchen. Freitag, 8 Uhr, im Jugendheim, Oppenstraße 12, 1. Stock, Mitgliederversammlung. Genosse Edel spricht über: Die politische und wirtschaftliche Lage. Volksgesellige Ereignisse wird erwartet.

Bezirk Trachenberge. Freitag, 8 Uhr, im Bergheimheim. Mitgliederversammlung. Ereignisse aller erwünscht.

Bezirk Pieschen. Freitag, 7½ Uhr, in Richters Restaurant, Ecke Mohr- und Hartwigsstraße. Vortrag des Genossen Grühle über: Die Verschärfung der deutschen Wirtschaft.

5. Unterbezirk

Jungsozialisten Dresden-U. Altstadt. Sonnabend, abends pünktlich 7 Uhr, im Restaurant zur "Weißen Schleife", Wettiner-, Ecke Palmstraße. Vortrag über "Wirtschaft und Leben". Dr. Kapp-hahn. Ereignisse aller erforderlich.

6. Unterbezirk

Bezirksläger, Frauengruppenleiterinnen, Mitglieder der Kinderkommission und sonst in der Wohlfahrtspflege tätige Genossinnen und Genossen der Bezirk Tiefenbach u. Ullm., Hainsberg, Cömmannsdorf, Bonnewitz u. Ullm., Tharandt u. Ullm., Nelingen, Döllnigberg, Döhlhain, Mohorn, Pesterwitz, Döllnig, Weißig, Burgwitz, Loschwitz, Sonnabend den 28. Januar, vorw. 10 Uhr, im Werkraum des Arbeitsseelsorgerats Freital, Untere Dresden Str. 120, 1. wichtige Sitzung. Tagesordnung: Gründung eines Wohlfahrtspflegeausschusses für die Amtshauptmannschaft Dresden-N. Um zahlreiche Befürchtungen der Sitzung durch die Bezirke wird dringend ersucht.

Gruppe Cotta. Sonnabend den 27. Januar Gründungsfest in den festlich geschmückten Räumen der Constantia. Ausführende: Anna Werner-Hansen (Vorstand zur Laute), Andre Ruth-Goloska (rhönische Plastik), Willi Althoff (Sprechvorträge). Arbeitsergebnisse der Gruppe Cotta. Freunde und Förderer der Gruppe Cotta sind herzlich eingeladen. Eintritt 5½ Uhr, Anfang 6½ Uhr. Eintritt mit Steuer 40 M. Nachdem Tanz.

Bezirk Freiberg-Teutschenthal. Sonnabend, abends 7½ Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Gasthof zur Deutschen Höhe. Genosse Wagner hält einen Vortrag über das Arbeitszeitgesetz, außerdem stehen noch wichtige Punkte auf der Tagesordnung. Es ist jeder Genosse und jedem Genossen Gelegenheit gehoben, unentbehrlich die Versammlung zu besuchen, da die Verwaltung ein Übereinkommen mit den Lokalhöchsen getroffen hat und kein Eintrittswang mehr besteht, darum erscheint alle mit euren Angehörigen.

Freitag 3. Alle Mitglieder haben Freitag in der Allgemeinversammlung im Prinzen zu erscheinen.

Gruppe Löbau-Zittau. Sonnabend den 27. Januar, abends 7½ Uhr, in der Turnhalle der 8. katholischen Volksschule, Vilnaustraße 12. Unterfest der Vereinigten Dresdner Arbeitervjugend, Gruppe Löbau. Genossinnen und Genossen erscheinen zahlreich mit euren Kindern! Eintritt für Erwachsene 40 M., für Kinder 15 M. 40 M. Nachdem Tanz.

Jungsozialisten Raudnig-Görlitz. Freitag den 26. Januar, abends 7 Uhr, im Parteideim, Viehstraße 9. Vortrag der Genossin Hellberg über Leben und Sterben. Gabriele und plötzlich erscheinen. Gäste herzlich willkommen. Es wird gebeten, Heilmaterial mitzubringen.

Gruppe Döbeln. Sonnabend den 27. Januar, abends 6½ Uhr, in der alten Schule Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen Rüdiger über: Als Handwerkskammer durch Steiermark und das Salzamt erworben. Die Gruppenleitung hofft dadurch, daß die Gruppenversammlungen in der Schule abgehalten werden und niemand gezwungen ist, etwas zu verzichten, auf eine gerechte Verteilung der Genossinnen und Genossen sowie Freunde und Gäste. — Morgen Freitag, abends 7½ Uhr, im Gasthof zu Leuben. Bezirkssitzung mit Vortrag des Genossen Kaminsky über: Der Döbelner Kongress und die politische Lage.

Bezirk Döbeln. Sonnabend den 27. Januar, abends 7½ Uhr, in der alten Schule Mitgliederversammlung mit Steiermark und das Salzamt erworben. Die Gruppenleitung hofft dadurch, daß die Gruppenversammlungen in der Schule abgehalten werden und niemand gezwungen ist, etwas zu verzichten, auf eine gerechte Verteilung der Genossinnen und Genossen sowie Freunde und Gäste. — Morgen Freitag, abends 7½ Uhr, im Gasthof zu Leuben. Bezirkssitzung mit Vortrag des Genossen Kaminsky über: Der Döbelner Kongress und die politische Lage.

Die Sozialabgabe und die Überstundenabgabe

Nach dem Entwurf sind zur Sozialabgabe verpflichtet alle Arbeitnehmer, die im Bezirk der Amtshauptmannschaft gegen Vergütung Arbeit jeder Art beschäftigen. Der Steuer unterliegt der gesamten Vergütung. Der Steuersatz beträgt 10 Prozent der Gesamtvergütung. Von der Abgabe befreit sind das Reich, der sächsische Staat, die Gemeinden, die Gemeindeverbände sowie diejenigen Vereinigungen, die ausschließlich der sozialen Fürsorge dienen. Jede Gemeinde und jeder selbständige Gemeindebezirk des Bezirksteckes erhalten ein Viertel der von den zu ihnen gehörenden Arbeitnehmern eingehobenen Abgabenbeiträge. So weit die Sozialabgabe erhoben wird, entfällt die Abgabe auf gesetzliche Überstunden. Der Entwurf enthält einen Haftpapiergraphen und eine Strafbestimmung.

Der Überstunden-Abgabe unterliegt die Vergütung, die in gewöhnlichen Betrieben im Bezirk des Bezirksteckes für Leistung von Überstunden gezahlt wird, bezogen wird. Die Abgabe beträgt 20 Prozent der Überstundenvergütung. Sie ist mit je 15 Prozent vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer zu leisten. Arbeitnehmer, die für einen eigenen Haushalt zu sorgen haben, leisten zehn Prozent der Überstundenvergütung. Reich und Staat sind von der Steuer befreit. Die Unternehmer haben den Bezirksteck jeweils bis zum 5. jedes Kalendermonats für den vorangegangenen Kalendermonat eine Erklärung abzugeben, die folgenden zu enthalten hat: 1. Die Zahl der genehmigten Überstunden, 2. die Zahl der daran beteiligten Arbeitnehmer, und zwar getrennt für Arbeitnehmer, die für einen eigenen Haushalt zu sorgen haben oder nicht, 3. die Höhe der für die Überstunden gezahlten Entgelte und 4. die Summe der zu zahlenden Abgabe. Das Ergebnis

Neue Erhöhung des Befestigungstarifs. Die bedeutend erhöhten Ausgaben bedingen eine weitere Erhöhung des Befestigungstarifs.

Der neue vom Staat genehmigte Tarif liegt im städtischen Befestigungsamt (Stadttheater am See 2, Erdg.) und bei den hierigen Privatverwaltungseinheiten zur Einsichtnahme aus.

Die Ruhestands- und Hinterlebensbezüge der städtischen Arbeiter werden der Geldentwertung entsprechend unter Beleidigung des Mehrarbeitswandes von 6 155 000 M. erhöht.

Hilfe die Gewährung von Jahrvergünstig

von dem Vorsitzenden des Betriebsrates oder von einem Vertreter der Arbeitnehmerkraft zu unterzeichnen. Die Abgabe wird fällig mit dem Ende des Kalendermonats, in dem die Überarbeit geleistet wurde. Der Arbeitgeber hat jedem Arbeitnehmer den auf diesen entfallenden Beitrag am Überstundenlohn zu fürzen und einzuhalten; er haftet dem Betriebsverband gegenüber für diesen Beitrag als Selbstschuldner und hat die eingeschalteten Summen nicht den von ihm selbst zu leistenden Beiträgen gleichzeitig an die Bezirkskasse abzuführen. Eine auch nur teilweise Abwälzung des vom Arbeitgeber zu leistenden Anteils an der Abgabe auf die Arbeitnehmer ist verboten. Auch hier erhält jede Gemeinde ein Viertel des Abgabebetrags. Soviel eine Abgabe auf Überstunden erfolgt, wird die Sozialabgabe nicht erhoben.

Der Betriebsrätter, Regierungsrat Dr. Groß, stieg erläuternd hinzu, daß es sich darum gehandelt habe, die Erhebung der Abgabe einfacher zu gestalten. Deshalb habe man den Weg, die Gemeinden mit der Erhebung zu betrauen, nicht gewählt, es werde niemals die Hauptarbeit auf die Betroffenen selbst verlegt, indem sie Selbstschuldner gewesen seien, die natürlich nicht ohne Kontrolle bleibe. Aller Vorteil bzw. Nachteil haben die Arbeitgeber in beiden Fällen die Verantwortung bei den Amtshauptmannschaft abzugeben und die fälligen Beiträge einzuzahlen. Mit Gründlichkeit der Berechnung diene nicht, wie in Chemnitz, die Vergütung des vorangegangenen Jahres, sondern des laufenden Jahres, infolgedessen sich automatisch mit dem Lohnzettel steigende Entgelte ergeben, vorausgeht, daß diese Abgaben überhaupt genehmigt werden. Mit erledigten Beiträgen der Überstundenabgabe sei bei der gegenwärtigen Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse vorläufig freilich nicht zu rechnen.

Genosse Kühlwein, Kabinett, erklärte zuletzt, daß er nicht gegen die Vorlagen stimmen wolle, möchte aber davon aufmerksam, daß mit der Sozialabgabe großes Interesse in die Arbeiterschaft hineingetragen werde, weil die Mittel, wie die leichten Verteilungen gezeigt hätten, in der Hauptstadt denjenigen Kreisen zugute kämen, die die Arbeiterschaft höchst belastet haben und die auch heute noch die stärksten Stützen derjenigen sind, die die Arbeiterschaft unterstützen. Deshalb sei bei den Arbeitern die Neigung, diese Kreise zu unterstützen, nicht so sehr groß, denn leichter Endes seien immer noch die unteren Klassen der Bevölkerung die Träger solcher Einstellungen.

Der Berichterstatter bemerkte dazu, daß endgültig die Begeisterung über die Vorlagen zu entscheiden habe, daß er aber schon heute darauf aufmerkt machen müsse, daß man nicht weiß, obwohl man die Mittel zur Tilgung der Belegschaftsbudgetpläne nehmen sollte, wenn der ungeheure Bedarf für soziale und Wohlfahrtsgüter nicht aus laufenden Einnahmen gedeckt werden könne.

Darauf wurde beide Vorlagen einstimmig abgestimmt.

Gegen die Schlemmerlokale.

Der Amtshauptmann gab bekannt, daß, ohne die in Aussicht stehenden Maßnahmen des Reiches und der Länder abzuwarten, Anweisung an die Polizeibehörden des Bezirks ergangen sei, mit aller Strenge gegen Überhöchstpreisen der Polizeistunde und gegen Schlemmer jeder Art vorzugehen, insbesondere gegen solche Lokale, die im Verdeck als Schäßhuren und Schlemmerhöfen stehen. Es kommen ganz bestimmte Lokale in Frage, die aber weniger von Belegschaftsgesessenen als von Dresden Einwohnern besucht werden.

Die Katastrophe im Mossehaus

Über das Einsturzungsäld, über das wir gestern bereits berichtet haben, wird uns aus Berlin geschrieben:

Im Berliner Zeitungsviertel hat sich am Mittwoch eine schwere Katastrophen zugetragen, die unter den Arbeitern und Angestellten der Firma Mosse eine große Zahl von Toten forderte. Die Firma Mosse, in deren Verlag unter anderem das Berliner Tageblatt erscheint, löst auf ihr Verlagshaus zwei Stockwerke aufsehen. Die Arbeiter stehen unmittelbar vor ihrem Abschluß. Am Mittwoch vormittag wurden durch einen Krater zu den bereits auf der oberen Decke liegenden Riesmassen neue hinaufgefördert. Die Last wurde schließlich so groß, daß die Decke in einer Ausdehnung von über 20 Meter nachgab und alles, was sich unter ihr befand, mitreißend in das unterste Stockwerk stürzte. Ein großer Teil der Angestellten konnte sich glücklicherweise in Sicherheit bringen, aber die Mehrzahl von ihnen wurde mit die Tiefe gerissen. Eine ungeheure Erregung äußerte durch das ganze Zeitungsviertel, in dem man in den Mittagsstunden noch von 200 Toten und Verwundeten sprach. Glücklicherweise sind die Opfer dieser Katastrophe nicht so groß. Bis 7 Uhr abends waren 14 Tote geborgen. In den Berliner Kronenhäusern liegen viele Schwer- und Leichtverletzte, deren Zahl in den späten Abendstunden noch nicht festgestellt war. Leider ist zu befürchten, daß sich unter den noch nicht völlig zur Seite geschafften Trümmern noch mehr Tote und Verwundete befinden. Reichspräsident hat dem Oberbürgermeister der Stadt Berlin sofort nach Bekanntwerden des Unglücks eine Million Mark als erste Hilfe für die Hinterbliebenen der Opfer und für die Pflege der Schwerverletzten zur Verfügung gestellt.

Über die Ursache der Katastrophe erfahren wir, daß die als Eisensteindecke konstruierte Decke vorzeitig ausgegriffen und in ungültiger Weise mit einer Kieslage bedeckt wurde. Dazu kommt, daß infolge des Bruches der letzten Tage der Abdichtungsprozeß beeinflusst und so das Brechen der Decke verursacht wurde.

Die Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Baugewerksbundes teilt über die Ursache mit, daß nach Aussagen ihrer auf dem Bau beschäftigten Mitglieder, der Kies auf der oberen Decke 80 bis 100 Centimeter hoch gelegen hat. Nach dem Unfall lag die Bauleitung den in den Räumen noch liegenden Kies verteilen, so daß der Anschein erweckt wurde, die Kiesdecke sei nur 35 Centimeter hoch gewesen. Ob die Belastung die einzige Ursache des Unfalls ist, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Aber eine vorsichtige Bauleitung darf eine beträchtlich starke Belastung einer neuen Decke nicht vornehmen lassen. Nach den Aussagen der Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes herrschte auf dem Bau ein schlimmes Antreibersystem. Die Unfallverhütungsvorschriften sollen nicht allzu genau beachtet worden sein.

Kleinrentner-Fürsorge

Der Soziale Ausschuß des Reichstags befahlte sich in seinen Sitzungen am 23. und 24. Januar mit einem Gesetzentwurf über Kleinrentner-Fürsorge, wonach das Reich den Gemeinden 80 Prozent der ihnen durch die Kleinrentner-Fürsorge nach Maßgabe des Gesetzes entstandenen Aufwendungen erlaubt werden.

Von der sozialdemokratischen Fraktion war verlangt worden, diese Fürsorge auszudehnen auf alle durch die allgemeine Wirtschaftskrise in Not geratenen Volkskreise, die nicht mehr sich selbst sorgen können. Ministerialdirektor Ritter lehnte eine solche Erweiterung des Personenkreises ab. Die sozialdemokratischen Abgeordneten wandten sich entschieden dagegen, daß 80 Prozent der Armenstellen für die verarmten Angehörigen der bestehenden Staaten auf die Reichsrente übernommen werden sollen, während andere schon früher beihilflose Renten, die ebenso hilfsbedürftig sind, den harten Wett der Almosenempfänger mit allgemeiner Armenfürsorge gehen müssen.

Die bürgerlichen Parteien blieben dabei, daß die Reichsrente nur den Kleinrentnern gewährt werden sollen. Wie deutlicher die ganzen sozialen Bedenken der bürgerlichen

Arbeiterschaft und Ruhrproblem

Die von der Partei einberufenen drei Vertretermänner konferierten waren ähnlich überein. Am Kristallpalast, wo Genosse Kühlwein sprach, dienten über 1000 Personen anwesend gewesen sein. Der Referent behandelte die Vorgänge bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags und schaltete eingehend die politischen Ereignisse, die sich seitdem abgespielt haben. Zum gesamten Einmarsch der Franzosen übergehend, erörterte er die Wirkungen, die Frankreich zu diesem Schritte verloste und hob die Gründe, die England und Amerika abhalten, irgend etwas positiv gegen den öffentlichen Rücktritt Frankreichs zu unterstreichen. Die Sozialdemokratie habe bisher die Haltung der Regierung Europa entschieden. Was jetzt nur sei, sei die Sympathie des Auslandes zu erwerben; denn auch das Ausland rückt immer mehr von Frankreich ab. Der französische Kriegsgebiet, der im Ruhrgebiet geübt werde, könne nur mit Hilfe der Arbeiterschaft erfolgreich durchgeführt werden. Das sei aber voraus, daß die Regierung auch den Wünschen dieser Arbeiterschaft im weitestgehenden Maße nachkomme. Da der Krieg Frankreichs ein langüberlegter sei, der das Ende seiner europäischen Politik darstelle, müsse man mit einem langen, schweren Kampf rechnen. Es sei aber zu hoffen, daß dieser Kampf für Deutschland erfolgreich enden werde.

Was die wirtschaftlichen Folgen angehe, so zeige die Marktentwertung und die einsetzende Deutungswelle bereits den Weg. Die Stille wird immer knapper, die Industrie sucht sich zu Einschränkungen zuwenden. Dazu kommt, daß die letzten Erhebungen des Marktes eine Verringerung der ausländischen Absatzmöglichkeit gezeigt haben, so daß aus beiden Ursachen heraus, aus Mangel an Rohstoff und Mangel an ausländischen Aufträgen, mit einer schweren Arbeitslosigkeit und Not gerechnet werden müsse. Ein Generalstreik, von dem manche Kreise Wunder erhoffen, würde den Rui den der Industrie und der deutschen Wirtschaft bedeutend und den französischen Wochenhäusern nur gelegen sein. Angefangen der drohenden Not mußte vor allem der Westrand des Reiches durch wirtschaftliche Maßnahmen der Reichs- und Landesregierungen geschützt werden. Der Redner befürchtet dann die Fortsetzung, die in dieser Richtung die Arbeiterschaft sofort stellen müsse. Neben der sofortigen Steuererhöhung von den Besitzenden und Zahlung dieser Steuern nach dem gesunkenen Geldwert müßte die produktive Arbeitslosenfürsorge großflächig auf-

Parteien sind, zeigte sich, als sie bei § 1 folgenden Antrag aufgestellt:

Die Gemeinden sind verpflichtet, deutschen Kleinrentnern und den ihnen zwar nicht im Kapitalbesitz, aber in ihrer sozialen Hilfsbedürftigkeit gleichstehenden Personen, sofort sie keinen Anspruch auf die Sozialversicherung befreien, auf Antrag Fürsorge nach Maßgabe dieses Gesetzes zu gewähren.

Nachdem dieser Antrag von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt worden war, beantragten die Sozialdemokraten Verabschiedung der Weiterberatung, um ihrer Fraktion Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Kleine politische Nachrichten

Das fröhle Deutschland

Der Preußische Landtag beschloß sich am Dienstag mit einer großen Anfrage der Regierungsparteien über den Stand der Volksgesundheit. Wohlfahrtsminister Hirschfelder sagte in Erwideration der Anfrage, daß zahlreiche Familien, die für eine normale Ernährung erforderlichen Nahrungsmittel, zu denen heute in einer vierköpfigen Familie eine Milch Karte notwendig sind, nicht mehr beziehen können. Zum Teil führen sie geradezu ein Hungerdasein. Zudem infolge Hungers. Selbstmorde aus Verzweiflung werden sich finden. Monaten wurden 981 Fälle von Storheit, einer ausgeprägten Hungerkrankheit, mit fünf Todesfällen gemeldet. Die Säuglingssterblichkeit ist seit Mitte 1922 im zunehmenden Maße. Fast 50 Prozent aller Kleinkinder und Schulkinder sind unterernährt. 20 Prozent können wegen allgemeiner Nährstoffmangel und Blutarmut in den Schulen nicht aufgenommen werden. Hunderttausend erhalten keinen Tropfen Milch mehr. Die Tuberkulose nimmt bedenklich zu. Die Todesfälle durch Tuberkulose sind bereits von 58 auf 97 gestiegen. Viele Kinder haben kein Hemd, und Säuglinge werden in Feuerküchen eingeweiht. Die Krankenanstalten und die ärztliche Wissenschaft stehen vor dem Zusammenbruch.

Der Minister schloß mit einem Appell an das Gewissen des Staatsmanns, die die Weltgeschichte Europas bestimmen und wies auf die furchtbaren Folgen hin, die für die ganze Kulturwelt aus dem Untergang des deutschen Volkes entstehen müßten. Geldersatz für nichtgeliefertes Umlagegetreide

Der Preis für ausländischen Weizen, der der Errechnung des Geldersatzes bei nicht rechtzeitiger Erfüllung der Getreideumlage zum Liefertermin vom 31. Dezember 1922 ansteigt, liegt bei 14 auf Grund der Weltmarktpreise auf 400 000 M. für 1000 Kilogramm festgesetzt worden. Nach der gesetzlichen Vereinbarung würden infolgedessen für einen Doppelentnahmevertrag 46 870 M. Kosten zu zahlen sein.

824 Judizimorde in Sowjetrußland

Rostow, 22. Januar. Die vom Zentralersekutivkomitee der Sowjets eingerichtete Untersuchungskommission hat nunmehr festgestellt, daß im Jahre 1922 824 Personen unerklärlich erschossen worden sind. Sie sind zwar alle in erster Instanz zum Tode verurteilt worden, jedoch nur gegen Erwiderung eingezogen worden. Bevor aber eine Entscheidung darüber gefällt worden war, hatten die örtlichen Sowjets die Hinrichtung vorgenommen.

Zivildienst an Stelle von Militärdienst. Aus Kreisen der sozialistischen und katholischen Parteien ist dem Schweizer Bundestag eine interessante Petition unterbreitet worden, über die vermutlich ein Volksentscheid herbeigeführt werden soll. Danach soll gezielt ein Zivildienst geschaffen werden, den die Schweizer Bürger ableisten, die aus politischer oder religiöser Überzeugung den Militärdienst ablehnen.

Polen. Nach einer aus Warschau kommenden Nachricht soll das polnische Kriegsministerium gebildete Mannschaften des polnischen und späteren deutschen Heeres der italienischen Regierung zur Ver-

fügung gestellt haben, die dem Volt-, Eisenbahn- sowie Berg- und Hüttentechnischen Dienst angehören. Die Mannschaften sollen ins Ruhrgebiet gehen (?).

Parteianangelegenheiten

Im Wiener Kampf, der wissenschaftlichen Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie, ist ein Redaktionsschsel eingetreten. Im Auftrage des Parteivorstandes wird die Zeitschrift vom 1. Januar ab von den Geschwistern Helene Bauer, Julius Braunthal, Sigismund Kunz und Oskar Pollak redigiert.

Aus aller Welt

Beschützt

Göttingen. Auf einem Gründstück in der Mathenburger Straße beim Abzählen von Erde wurden drei Personen durch nachtürmende Erdmassen verschüttet. Eine Person konnte sich retten, während eine 27jährige Magd und ein 19jähriger Knabe nur als Leichen geborgen werden konnten.

Vereinigte Arbeiterjugend

Das Jugend-Echo (2. Februar) muß morgen Freitag im Sekretariat abgeholt werden.

Wettervorhersage für den 26. Januar

Witterungsbericht von den Sachsen-Anhalt-Landeswetterwarte. Milde westliche Winde, vorwiegend trüb, zeitweise leicht Niederschläge.

Wetterlage: Der gestern erwähnte Ausläufer ist bereits ostwärts abgezogen. Auf seiner Rückseite erfolgt Annahme des Winddrucks. Mit einem kräftigen Vorstoß des südwestlichen Magnums ist vorerst nicht zu rechnen, da ein Fallgewebe von Jola und allmählich nach Südostwinden vordringt. Wir rechnen weiterhin mit Winden aus westlicher Richtung und mit Annahme des vorwiegend trüb, milden Wetters. Zeitweise werden auch leichte Niederschläge eintreten.

Öffentliche Quittung. Für den Wahlkorb gingen ein von Frau Güttler durch Römer 20 M.

Blumen brauchen Pfeife

die Kraftkost für Kinder u. Erwachsene

In den Drogerien und Apotheken zu haben. Generalvertretung und Lager für Dresden und Umgebung Max Kraft, Dresden, Wildauer Straße 6, Ferurul 1489.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsspiel: Paul Rodmann; für Sachsen: Kurt Heilmann; für Gewerkschaftliches: Hans Hünertbusch; für Stadtchronik u. Aus der Umgebung: Franz Holzapfel, sämtlich in Dresden; für Volksausbildung: Richard Bombach, Wildau, für Juventate Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden u. Comp., Dresden.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

Mehring	23.	24.	Mehring	23.	24.
Moldau Sudweiss	—	14	Brandenburg	+ 88	+ 58
Moldau Madran . . . + 292	—	+ 210	Elbeinf.	+ 40	+ 48
Iser Jungbunzlau . . . —	—	1	Leitmeritz	+ 42	+ 46
Eger Raum . . . + 93	—	+ 18	Aussig	+ 61	+ 72
Eide Vardubis . . . —	—	45	Dresden	—	90

Verloren

goldene Herrenuhr Sprungdeckel und Anhänger, von 1900 bis 1910 gebraucht. Wiedergabe oben bei Schäferstraße 19 bei Knolle. 1100

Felle

Rein, löschen, Rosen, Weiß, Schaf, Schafe, Alpaka u. Maulwurfe. Schafwolle und Wolle, häutig, häutig, häutig. Seidenfutter 1100

Grüner Str. 22, 1.

Moderne Anzüge

Hosen auf Teilzahlung 1100 Scheffelstraße 26, 1.

Damen-Bekleidung

in großer Auswahl. Täglich Eingang von Frühjahrs-Mänteln

in Covercoat, Tuch, Homespun und imprägnierte Staubmäntel.

Blusen von 2500 M.	Röcke von 2475 M.	Skleider von 6500 M.	Winter-Mäntel in Staubl. 6500, 8500, 11500 bis 16800 M.
--------------------	-------------------	----------------------	---

Gerner: Elegante Covercoat-Mäntel von M. 24500 M.

Nr. 1. Etage Rein Laden Nr. 1. Etage Rein Laden

Scheffelstraße 17, 1. Etage

Von 1-8 Uhr geschlossen.

Birnberg & Co.

Organisationseinrichtungen in der Beamtenbewegung

Von Max Müller

Auch jetzt aber im Laufe der Zeit macht sich die Entwicklung auch in der Beamtenbewegung auf. Die dritte Säule der freigewerkschaftlichen Arbeitsmarktbewegung ist, wie wir bereits meinten, am 16. Juni vorher sagten, aus der Taufe gehoben und jetzt vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und vom Allgemeinen Freien Angestelltenbund als solche durch Schaffung eines Organisationvertrages anerkannt worden.

Wir sehen so auch in der Beamtenbewegung die klare Rüfung und die Gruppen die nicht unmittelbar mit der Beamtenchaft zu tun haben, die aber in Zukunft in viel engerer Verbindung auch mit der Beamtenchaft kommen werden, ist es erforderlich, dass die nötige Auflösung geschaffen wird. Da es auch leider bisher nur eine Minderheit der Beamtenchaft, die hier zur freigewerkschaftlichen Arbeitsetat hat, so empfiehlt aber gerade hieraus für die freigewerkschaftlichen Arbeiter und Angestellten die Pflicht, diese Bewegung in jeder Weise zu fördern. Am Anfang der praktischen Solidarität ist es leichter möglich, auch die noch fernstehenden Beamten zu gewinnen.

Um das zu erreichen müssen wir versuchen, die Beamtenbewegung in ihrer Entwicklung weiter zu lernen. Dazu ist wiederum notwendig, dass wir die wirtschaftlichen Verhältnisse kennen, wie sie für die Beamtenchaft bestanden haben und bestehen, und weiterhin ist nötig, dass wir auch die Stellung des privaten Unternehmens zur Beamtenchaft einer Würdigung mit unterziehen, weil hieraus ungelehrte die Beamtenchaft erkennt wird, wohin die Pfeile führen, wenn sie sich nicht klarer Rambolos zur Erhaltung ihrer Existenz durch organisatorische Auseinandersetzung an jene dichten mit holen.

Dass die Beamtenbewegung für die gesamte Arbeitnehmerchaft und deren Kämpfe nicht gleichgültig ist, haben wichtige Vorfälle während der Revolution mit aller Deutlichkeit bewiesen. Wir erinnern nur an den Kapp-Putsch, den Rennen-Mord, den Kampf um die Demobilisierung und Modernisierung der Verwaltung und der öffentlichen Betriebe, bei denen überall der fortwährende Teil der Beamtenchaft den übrigen Arbeitnehmern, mit denen ihre wirtschaftlichen Interessen verbinden, gute Dienste erweisen hat. Diese Kräfte der Beamtenbewegung, die als Splitter in den verschiedensten Organisationen anzutreffen sind, gilt es zu sammeln und zu fördern, wobei wir schon jetzt hervorheben möchten, dass von den höheren Beamten in Reich, Staat und Gemeinde der Bewegung rechtlich viel Schwierigkeit geleistet gemacht werden. Hier werden unsern Genossen in den Parlamenten und Gewerkschaften die nodischtenden Ausführungen und guten Dienst erweisen, um sich in dem Widerstand, der sich bis vor kurzem in vereinzelter Form befindenden Beamtenorganisationen durchzufinden. Das ist nicht ganz einfach, um so mehr, als eine ganze Anzahl von Verbänden und Vereinen sich mit Ramen gesammelt hat, die in Wirklichkeit dem Geist, der durch diese Organisationen vertreten wird, widersprechen.

Genaue Zahlen über die Stärke des Beamtenheeres und der Organisationen sind aus der letzten Zeit leider nicht zu haben. Im Jahre 1907 ergab die Bevölkerungszählung 8,1 Millionen Beamte und Angehörige der freien Berufe, so dass wohl mit zirka 2 bis 2,5 Millionen Beamten gerechnet werden kann. Dass diese Massen sich in der Arbeitnehmerbewegung nicht in entsprechender Weise auswirken könnten, hängt mit dem verringerten Ausbau zusammen, der seinen Ursprung in der Stellung des Beamtenums im Staat findet. Hiermit wollen wir uns deshalb zunächst befreien.

Gewerkschaftsbewegung

Industriekrise und Lohnproblem

Neben dieses Thema hielt kürzlich Genosse Dr. Karl Grünberg, Professor an der Universität in Wien, in Prag im Verband der Kons. und Sparlakademien einen Vortrag, aus dem wir nach dem Bericht unseres Centralorgans in der Tschecho-Slowakei das wesentlichste wiedergeben, soweit es auch für die heutige Beschäftigung von Interesse ist.

Grünberg ging davon aus, dass die gegenwärtige Krise kein Unwetter ist, das gekommen ist und nie wieder vergehen wird, monach alles wieder hergestellt werden wird, wie es vor der Krise gewesen ist. Die kapitalistische Krise ist gekennzeichnet durch die Trennung von Produktionsmittel und Arbeitskraft, was durch die Entwicklung zum Großbetrieb immer stärker zum Vorschein kommt. Die Besitzer der Arbeitskraft sind im Wirtschaftsleben gegen Lohn tätig. Durch die moderne Entwicklung wird die Solidarität unter diesen Lohnbesitzern (Arbeiter, Angestellte, Beamte) immer stärker, alles organisiert nach gewerkschaftlich. Schafft die wirtschaftliche Entwicklung auf der einen Seite Konzentration, so auf der anderen Seite proletarisierung.

Der Bezug von Lohn gibt dem Lohnempfänger die Möglichkeit, dass zu kaufen, was zur Befriedigung seiner Bedürfnisse notwendig ist und wodurch er auch seine kulturellen Bedürfnisse befriedigt. Grünberg behauptet sodann die beiden Arten von gleitenden Lohnstufen. Die eine Art der gleitenden Lohnstufen, wie sie in England in einigen Zweigen in Gestaltung ist, ist die, dass der Lohn des Arbeiters entspricht, ob das Gewinn des Kapitals steigt oder fällt. Die andre Art, die insbesondere in der heutigen Zeit von Bedeutung ist, ist die, dass der Lohn entsprechend den steigenden oder fallenden Kosten der wichtigsten Konsumgüter artifiziell steigt oder fällt. Dies hat zur Voraussetzung die Erreichung der durchschnittlichen Kosten der Lebenshaltung, eines so genannten Index.

Allerdings auch die gleitende Lohnstufe, die angebaut ist dem Preis des Lebensbedürfnisses, kann die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit um den Lohn nicht ausschließen. Der Kampf der Arbeiterschaft geht nicht um die Anpassung des Lohnes an die Lebensbedürfnisse, sondern um die bessere Lebenshaltung des Lohnempfängers. Die Gewerkschaften werden nie darauf verzichten, diesen Kampf zu führen, um so mehr, als wir heute im Lohnsystem schwere Unvollkommenheiten haben, die die für Lohnarbeitenden Klassen schaden. Diese Unvollkommenheiten können erst sieden mit dem Lohnstufen selbst, das heißt mit der Einführung des Sozialismus. Beide das Problem der Krise noch des Lohnes ist in der kapitalistischen Wirtschaftsbewegung lösbar.

Die Ausführungen Grünbergs sind um so bedenklicher, als infolge der Anarchie in unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaftsleben gerade die gegenwärtig häufige Erwerbslosigkeit und die dauernde Entzugs des Reallohns der Lohn- und Gehaltsempfänger die Verstärkung der Aufzehrung Grünbergs bedeutet. Gleichzeitig wird dadurch der Gewinn erhöht, doch nur durch festen Zusammenhalt und unbegrenzten Willen gut. Abwehr weiterer Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen die Arbeiterschaft den Kampf gegen die Unternehmenswillkür erfolgreich bestehen kann.

Die Reichsindexziffer

Vom Reichswirtschaftsministerium und vom Reichsjustizministerium ist in den letzten Tagen ein Handbucheintrag der Beamtenbewegung gerichtet worden, das Reichsindexziffer für Betriebsreihenordnung enthält. Danach sind die inländischen Gestaltungskosten (einziglich Precken, Löhne, Gehälter usw.) nur nach der Veränderung der Kaufkraft der Mark im Inlande (innerer Geldentwertung) zu berechnen und bei der Preisfeststellung zu beachten. Als Maßstab für diese Geldentwertung wird die allmonatlich vom Statistischen Reichsamt veröffentlichte Indexziffer der durchschnittlichen Lebenshaltung bezeichnet. Wenn in dieser Zahl kommen nach dem betreffenden Rundschreiben des Reichswirtschafts- und des Reichsjustizministeriums alle preisbildenden Faktoren, die in der Verarbeitung und nach einem längeren Zeitraum abgewandelt waren, einzuschließlich der Löhne und Gehälter sowie auch der Preisanstieg hemmenden Momente, der Bruttogehüsse und Wohnungsbewilligung zum Ausdruck. Ferner soll jeweils die jetzige Befestigung der Verhältnisse einigermaßen berücksichtigt werden. Am Interesse der Reichsindexziffer etwa eingetretene Geldentwertung in gleichem Maße wie die Preisfeststellung wird empfohlen, den hier in Vorschlag gebrachten Maßstab einheitlich im ganzen Reich zur Anwendung zu bringen. Der Zustand, dass die Großhandelsindexziffer, die wegen ihrer isolierten Anpassung an die Weltmarktpreise unzureichend erscheint, bald die Goldwertauswirkung des Reichsindex, bald die Leistungsziffer der Löhne und Gehälter als Maßstab der Geldentwertung dienen, sei im Interesse der Einheitlichkeit und Sicherheit der Inflationsmethoden zunächst abzustellen. Um diese Grundlage zur Geltung zu bringen, soll ein möglichst enges Einvernehmen der Preisprüfungsstellen mit allen in Betracht kommenden Verbänden, vor allem denjenigen der Wucherpolizei herbeigeführt werden.

Es ist dringend notwendig, dass die jeweilige Veränderung der Reichsindexziffer, die nach dem Rundschreiben als Maßstab für die innere Geldentwertung anerkannt und für die Preisprüfungsstellen grundlegend empfohlen wird, mindestens auch für die Lohn- und Gehaltsregulierung allenhalben Anerkennung findet.

Der Dresdner Demobilisierungskommissar

Herr von Hengendorff hat sich einmal wieder bemüht, von sich reden zu lassen. Mit diesem Herrn möchte sich die Arbeitnehmerchaft schon zu wiederholten Malen beschäftigen. Auch jetzt hat die Dresdner Angestelltenchaft notgedrungen wieder Gelegenheit, sich über seine wirtschaftlichen Ausschreibungen zu beschweren. Wie lange vermögen die vorgesehenen Schieden auf Grund seiner Haltung dem Handeln dieses Herren noch ruhig zu lassen?

Im Dezember wurde gegen den Arbeitgeberverbund von Chemnitz die Schiedsprache ein. Schiedspruch gefüllt, der eine Erhöhung des Roheinschlusses vorsah. Dieser Schiedspruch wurde von den Arbeitgebern abgeschlagen. Die Angestellten waren gegangen, den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedspruches zu stellen, der von Herrn von Hengendorff abgelehnt wurde, weil er nicht die Überzeugung erlangen konnte, dass der Schiedspruch gegenüber dem Arbeitgeber verhandelt wurde, sondern angewandert sei.

Interessant bei dieser Tatsache ist, dass Schiedsprüche in anderen Industriezweigen, die zu gleicher Höhe, teilweise noch darüber, vorgenommen von den Arbeitgeberverbänden ohne weiteres angenommen wurden. Dabei entprechen diese Schiedsprüche nicht annähernd den wirtschaftlichen Verhältnissen, die Arbeitnehmer aber begnügten sich mit diesem Erfolge und nahmen dieselben an.

Die chemische Industrie, die ganz besonders ein sehr gut gehendes Exportgeschäft hat, glaubte diese Höhe nicht zahlen zu müssen und hat hierbei die bereitwillige Unterstützung des Dresdner Angestelltenkommisars gehabt. Vielleicht kann dieser der Dresdner Angestelltenchaft einmal mitteilen, wie er diese Tatsache mit seiner Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung in der chemischen Industrie in Einklang zu bringen vermochte.

Miserable Entlohnung

Wie und mitgeteilt wird, befürchtigt der Verein Sportplatz, Besitzer der Straßenbahnen in Dresden-Reick, seit 12 Jahren in seiner Anlage einen Haussmeister. Man sollte meinen, dass der Verein seinen Leuten eine ausständige Bezahlung auszahlen lässt. Das ist aber bei weitem nicht der Fall. Ganz 8500 M. (achttausendfünfhundert Mark) pro Monat erhält der Mann. Ein Sportunternehmer, wie es die Dresden-Audienzbank sein will, darf sich wohl dazu deinem, dem Bläßherigen Mann ein autonominisches Einkommen zu gönnen. Aber trotz wiedersetzlichen Widerstandes wurde der Lohn nur um je 50 M. pro Monat erhöht, so dass die oben angeführte Summe am 1. Januar erreicht war. Es ist selbstverständlich, dass der Haussmeister mit seiner Frau unmöglich auch nur das Notwendigste für sich ein präsentieren zur Stillung seines Hungers anlegen kann. Der Vorsteher des Vereins ist Herr Hildebrand, Besitzer einer Kaffeehauskette in der Wildstrasse Straße, der zweite Vorsteher Herr Kauffmann Lieber, Seidenstraße, und der Schatzmeister Herr Fabrikmeister Paul. Es wäre interessant, zu wissen, ob diese Herren auch mit solch langen Monatsentnahmen rechnen. Ganz gewiss nicht! Wie wollen den Herren aber diese Kosten auch mit solch langen Monatsentnahmen vertragen, dass der Haussmeister nur dadurch sein Leben und das seiner Frau festen kann, dass er seine Wohnung eingeschlossen verlässt. Ein furchtbare Bild, das sich hier vor unsrer Augen erstreckt. Es ist an der Zeit, dass der Verein schnellstens seinen Verpflichtungen nachkommt und seine Arbeitnehmer so bezahlt, wie es ihnen gebührt. Wir hoffen, dass wir nicht nötig haben, noch näher auf die Dinge einzugehen.

Tarif im Versicherungsgewerbe

Die mehrwöchigen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen über einen neuen Reichsttarif 1923 waren ergebnislos verlaufen, weil der Arbeitgeberverband die bisherigen allgemeinen Tariftabestimmungen in unerhöhter Weise verschlechtern wollte. Ein im Reichsarbeiterschaftsministerium gebildeter Schlichtungsausschuss hat nun in dieser Stellfache einen einstimmigen Schiedspruch gefüllt. Die vom Arbeitgeberverband verlangte unterschiedliche Bezahlung nach Verhandlungswegen, eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Verhinderung der Urlaubsvoraussetzung des Zentralverein der Angestellten sind berücksichtigt worden. So sollen u. a. die getrennten Tarife für Direktionsangestellte und Angestellte in Generalagenturen künftig in Weißfahl kommen; der Gehaltsschlagsatz bei mehrfachen Angestellten wurde abgesenkt und die Gehaltsschlagsatz um fünf Jahre für den Zentralverein der Angestellten festgesetzt. Die Gehälter sollen künftig allmonatlich zu erneueren. Die Parteien haben sich bis zum 25. Januar über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs zu erklären. Zur Zeit unterliegt der Schiedspruch der Abstimmung durch die Versicherungsgesellschaften.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden, 18. Februar, Sonntag 8 Uhr, Dresdner Volkshaus, Tagessitzung; jeder Verein soll vertreten sein. — Dresden-W. (3. Abt.), 27. Jan., 7 Uhr, Spielerfestung bei Förderer. — Cottbus-Große Steglitz, 27. Jan. Vergnügen aller Abteilungen. — 4. Gruppe, Technische Ausbildung, Gasthof Hencken, 29. Januar, abends 8 Uhr. Alle Kinderturnvereine und Sportvereine haben zu erscheinen. — Fussballspiele, 28. Jan. in Gittersee: 8 Uhr: Gittersee 1 Zug; — Neustadt 1 Zug; 8½ Uhr: Raumdorf 1 Zug; — Neustadt 2 Zug; 9 Uhr: Gittersee 2 — Neustadt 2 — 10 Uhr: Gittersee 1 — Raumdorf 1. Nachmittags 3 Uhr auf dem Maunplätz: Neu-Rödelau 2 — Gittersee 2 — Gittersee 1.

Turnen der 5. Gruppe (Heide), Bezirk Dresden, Volljährigen waren die Vertreter der Vereine und die Funktionäre am 21. Januar in Königsbrück anwesend. Der Gruppenvorstand begrüßte besonders die neuen Vereine und erwartet zu erster, jedoch Arbeit. Ein Referat über Organisation und Agitation gab zunächst einen Rückblick über Vergangenheit und zeigte dann neue Wege für die Zukunft. Das Zusammenarbeiten der Gruppe war sehr gutes, die Gruppenvereinigungen können ein „Gemeinschaft“ aber noch lange keine rechte Zufriedenheit auslösen. Bessere Zusammenarbeit muss in neuen Jahren zu stande kommen. Der Sport, der viel füllt verstanden wird, soll durch Genossen Engel in seiner Anwendung verantwortlich werden. Die falsche Auffassung, die auch bei einem Teil der Arbeitervorlagen vorhanden ist, muss verschwinden. Der Reichsarbeiterkongress (Gruppenfest) ist in Ottendorf am 8. Juni. Das Kinderturnen soll zum erstenmal in der Gruppe am 1. Juli in Dommitz stattfinden. Die Freude ergab einen Fortschritt; 125 Mitglieder nahmen 274). Der Gruppenbeitrag ist auf 10 M. für das Werkjahr festgesetzt. Es sei an dieser Stelle nochmal Dank an alle Funktionäre abgestattet. Die amtsmüden Genossen sollen auch fernherin treu an ihrem Werk weiterhören, damit die Heidegruppe ein würdiges Glied im Arbeiter-Turn- und Sportbund bleibt. R. B.

Stiftung der Arbeiter-Turner und Sportler, Aus Chemnitz, Dresden, Leipzig, Brunn-Böhmisch, Buchholz, Magdeburg, Berlin, Nürnberg, Erlangen waren 22 Genossen und Genossinnen zum Winterfest nach Johanngeorgenstadt gereist. Alle Kuristen waren nach Regelung der anfänglich nicht behaglich aussehenden Quartierfrage gründlich in die Freizeitkunst eingemeindet. Die Reiter verstanden es, in leichtfertiger Art den Stil auf aus Übungen heraus bis zum schwundenden Sprunglauf zu vermittel. Am dreitägigen Kursus blieb auch Zeit, einen 27-Stunden-Laufmarsch nach dem 1020 Meter hohen Auersberg zu unternehmen. Im Lauf selbst konnten die Schüler nicht nur das Gelehrte anwenden, sondern auch die unbeschreiblich schöne Winterlandschaft genießen. Ohne jegliche Widerwärtigkeiten verlief der Kursus zur Zufriedenheit aller. Mit dem Schloss, dem Schneeschuhlauf weitere Verbreitung zu schaffen und das Gelernte effektiv weiterzutragen, schufen familiäre Genossen und Genossinnen in ihre Heimatorte.

Silhouette im Arbeiter-Turn- und Sportbund, 2. Bezirk. Bei günstiger Witterung treffen sich alle Genossen und Genossinnen Sonntag früh 8 Uhr, Gasthof Wölfersheim, Winterfahrt nach Westerwitz-Hohendorf. Teilweise Wiedergabe des Wintersportes von Johanngeorgenstadt. Heimfahrt 1 Uhr mittags.

Arbeiter-Athleten, Kreis 5, 28. Januar, im Volkshaus (Zimmer 4), Kreistag, Anfang früh 9 Uhr. Jeder Verein entsendet zwei, die auswärtigen Vereine einen Vertreter. Mandate müssen beglaubigt sein; wer kein abgesiegeltes Mandat aufweisen kann, hat kein Stimmrecht.

Zonenverein Die Naturfreunde, 1. Bezirk, Wondern am 28. Januar, Ortsgruppe Dresden, Tagestour durch den Tharandter Wald, Grillsburg, Wüstebachen, Landberg, Abfahrt 7.30 Uhr Hauptbahnhof nach Tharandt, Sonnabend. — Nachmittagstour: Leubnitz-Reußstein, Bärenslau, Wilisch, Wünschendorf, 1 Uhr Leubnitz-Reußstein, Endstation Linie 9. — Winterfahrt, Altdorf, Meßfeld, Zinnwald, Wettinshöhe, Geising, Rundfahrt Löwen, — Jugendabteilung, Tagestour: Rabenauer Grund, Zschierenberg, Raibachthal, Stellen 7 Uhr Hauptbahnhof. — Nachmittagstour: Blaueschleier Grund, Windberg, Wunsiedel 2.30 Uhr Blaueschleier. — Dresden-Johannstadt und Gräfenhain, Tagestour: Dauenbach, Altdorf, Sonnabend. — Blaueschleier Grund, Altdorf, 8 Uhr Hauptbahnhof nach Röderhain, Blaueschleier 5.45 Uhr Freital-Potschapfel nach Riederhain. — Sonnabendtour Pirna-Wittenberg. — Dainsberg-Cotta, 10.30 Uhr Hauptbahnhof. — Blaueschleier und Umgegend, Tagestour: Dornberg, Wunsiedel, Abfahrt am 27. Januar, 8.12 Uhr, Hauptbahnhof nach Geising. — Briesnig-Cotta, Morgenwanderung ins Taubenberg. — Briesnig-Cotta, Nachmittagstour: Loschwitz, 1 Uhr, Nornenplatz. — Briesnig-Cotta und Umgegend. Nachmittagstour: Freitalgrund, 12.30 Uhr, Schule. — Rabenau-Oelsa, Begegnung des Landesvereins für Heimat- und Volksfest in Dresden, 8 Uhr, Ebersdorfer Weg, Fahrt zu Hainsberg.

Touristenverein Die Naturfreunde, Tour am 28. Januar: Blaueschleier, Geising, Blaueschleier, 8 Uhr, Hauptbahnhof, nicht bis Riederhain, sondern nur bis Hauptbahnhof. Sonntagsfahrt zu Pirna fällt demnach weg. Einrich III.

Arbeiter-Mühlhäuserbund, Ottendorf-Ottile: 27. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung im Hirzsch.

Winterfahrt. Weiterbericht vom 25. Januar 1923. (Mitgeteilt von der Sportabteilung des Rödenhauses Renner.) — Siebold, Weltwind, — 3. Grub, Schneehöhe 45 cm, Sportverhältnisse: verharrt. — Schellerbau: Siebold, Nordwest, Barometer 706, steigend, — 4. Grub, Schneehöhe 100 cm, Sportverhältnisse gut. — 5. Grub, Schneehöhe 110 cm, Sportverhältnisse gut. — Zinnwald-Georgenfeld: Siebold, Nordwest, — 5. Grub, Schneehöhe 160 cm, Sportverhältnisse vorzüglich. Oberwiesenthal: 5. Grub, Schneehöhe 180 cm, Sportverhältnisse vorzüglich.

Briefkasten

G. O. 16. Sie hätten die Schiedsungsfrage gegen Ihren Mann wegen seiner Krankheiten usw. anstrengen können. Sie hatten nun nie gegen sie vorgegangen werden, sie frage, ob Sie besitzen, dass die Klage gegen Ihren Mann eingereicht. Sie können aber trotz schlechten Verhältnissen die Klage gegen Ihren Mann noch einreichen.

Dem rücksichtslos geschiedenen Teile wird das Kind zugetragen. Sind beide Teile schwach, dann erhält die Kinder unter sechs Jahren die Mutter, die Eltern verbleiben überhaupt der Mutter.